

NEUE ZEIT

W O C H E N S C H R I F T

I N H A L T

Entlarvung des Nordatlantischen Vertrags	1
A. MARTYNOW — Die Kampfhandlungen in China . . .	3
Wie der zweite Weltkrieg vorbereitet wurde: M. GUS — Die amerikanischen Münchener	7
Internationale Umschau (Notizen)	14
W. JORDANSKI — Festtag im Polen des Volkes (Brief aus Warschau)	20
A. KASSATKIN — Ein Staat, den es nicht gibt (Notizen eines Journalisten)	22
Kritik und Bibliographie: A. LEONIDOW — Eine Biographie Clement Attlees . . .	26
Chronik der internationalen Ereignisse	32

Nr. 32
Jahrgang 1949

VERLAG DER ZEITUNG „TRUD“ — MOSKAU

Schriftleiter: W. BERESIN

Moskau, Arbat, Kalaschni pereulok 12.

Entlarvung des Nordatlantischen Vertrags

DIE westeuropäischen Parlamentsdebatten zum Nordatlantischen Vertrag verliefen unter wachsender Empörung breiterer Volksmassen über diesen Aggressionspakt. In Italien wurden in beispiellos kurzer Frist über 7 Millionen Unterschriften für eine Protestpetition des Volkes gesammelt. In der französischen Nationalversammlung wurde Außenminister Schuman ein umfangreiches Bündel von Petitionen mit hunderttausenden Unterschriften auf den Tisch gelegt. In allen vom Vertrag erfaßten Ländern finden Massenkundgebungen und -demonstrationen statt, deren Teilnehmer Ablehnung des Anschlusses an den Nordatlantikpakt fordern. Werktätige zahlreicher Betriebe veranstalten Proteststreiks.

Diese Volksbewegung mußte in den Parlamentsdebatten zum Nordatlantischen Vertrag ihren Widerhall finden. Die Stimmen der Patrioten, denen die Souveränität ihrer Länder teuer ist, ertönten als eine ernste Warnung. Ihre Aktionen, die den wirklichen Charakter des nordatlantischen Aggressionsvertrags enthüllen, riefen im Lager der mit den nationalen Interessen Schacher treibenden Reaktionen große Verwirrung hervor.

Die Ratifizierung des Vertrags war natürlich vorbestimmt durch die reaktionäre Mehrheit in den westeuropäischen Parlamenten. Aber die reaktionären Politiker haben sich durch diesen ihren Schritt mehr entlarvt als je zuvor.

Im USA-Kongreß stieß der Vertrag auf eine viel größere Opposition, als die Organisatoren dieses Aggressionsvorhabens angenommen hatten. Eine Reihe von Senatoren sprach sich gegen den Vertrag aus, da sie offensichtlich im Hinblick auf die Wahlen von 1950 ihr Schicksal nicht vorbehaltlos mit dem aggressiven Kurs der derzeitigen Washingtoner Behörden verbinden wollten.

Die Senatoren waren nicht so sehr über den Vertrag selbst beunruhigt, als über das mit ihm verbundene Programm für die Aufrüstung der westeuropäischen Staaten. Es bedurfte eines spitzfindigen Kniffs des Staatsdepartements, das zu behaupten begann, der Vertrag sei nicht mit einem Programm der militärischen Unterstützung Europas verbunden, es bedurfte ferner eines ernstlichen Drucks solcher Erzreaktionäre wie der Senatoren Vandenberg und Connally, um im Senat die für die Ratifizierung notwendige Mehrheit zu gewährleisten.

Aber noch war die Tinte auf der Ratifizierungsurkunde nicht getrocknet, da wurde bereits ein Gesetzentwurf über Waffenlieferungen an die zur nordatlantischen Gruppierung gehörenden Staaten und „gewisse“ andere Länder nach Ermessen des Präsidenten eingebracht. Das Staatsdepartement unterstützte die Botschaft Trumans mit einer umfangreichen Broschüre, die zur Rechtfertigung der in Vorschlag gebrachten Maßnahmen herausgegeben wurde.

Die Verfasser der Broschüre entblödeten sich nicht, all die unsinnigen sowjetfeindlichen Erfindungen zu wiederholen, die in den letzten Jahren in den USA zusammengetragen wurden, und sie ergänzten sie noch mit den übelriechendsten Erzeugnissen der Goebbelschen Küche. Doch auch damit glaubten die Washingtoner Fachleute für Erregung „künstlicher Unruhe“ noch nicht genug getan zu haben. Die Vertreter des Staatsdepartements, die mit allen Kräften bestrebt sind, die Annahme des Programms der Lieferung von Heeresgütern an ihre Satelliten zu beschleunigen, schmierten ein neues Falschdokument über „russische Rüstungen“ zusammen, eine Fälschung, die ebenso irrsinnig ist wie alle vorhergehenden Variationen zum gleichen Thema.

Die außergewöhnliche Hast der Washingtoner Machthaber ist überaus kennzeichnend. Sie zeugt von ihrer Furcht vor der im amerikanischen Volke anwachsenden Protestwelle gegen den aggressiven Nordatlantischen Vertrag. Immer weitere Bevölkerungskreise der USA beginnen sich über die für das Land verderbnisvollen Folgen des Vertrags klarzuwerden. Davon sprechen die zahlreichen Erklärungen der gesellschaftlichen Massenorganisationen, die Ablehnung der Teilnahme am nordatlantischen Block fordern, davon sprechen Tausende von Wählerbriefen an Kongreßmitglieder. Im nächsten Jahr aber werden viele Kongreßabgeordnete wieder vor die Wähler treten müssen.

Unter diesen Umständen waren selbst die eingefleischten Reaktionäre in den gesetzgebenden Körperschaften der Dollardemokratie genötigt, behutsam vorzugehen. Im Kongreß macht sich eine unverkennbare Nervosität bemerkbar. Manche Kongreßmitglieder, die den äußeren Schein wahren wollen, halten schallende Reden über die Wortbrüchigkeit der Regierung, die den Kongreß

falsch informierte, um die Bestätigung des Vertrags zu beschleunigen. Der republikanische Senator Kenneth S. Wherry, der sich gegen den von Truman eingebrachten Gesetzentwurf aussprach, bemerkte nicht ohne Ironie: „Das entspricht nicht dem Programm, welches den Senatoren bei der Abstimmung über den Atlantischen Vertrag dargelegt wurde.“ Es werden Klagen laut, daß man schon vor langer Zeit von den westeuropäischen Partnern erhaltene Waffenanforderungen absichtlich vor dem Kongreß verheimlicht habe. Wie hätte der Präsident sonst so schnell die im Kongreß für die Aufrüstung der westeuropäischen Ladenschwengel der Wall Street geforderte Summe von 1,45 Milliarden Dollar nennen können?

Viele Kongreßmitglieder sind ernsthaft über die wachsende Unzufriedenheit im Lande beunruhigt, eine Unzufriedenheit, die durch die heranrückende Wirtschaftskrise, die Teuerung und die rasch steigende Arbeitslosigkeit verstärkt wird. Selbstverständlich konnten weder die abgebrauchten sowjetfeindlichen Erfindungen noch das Geschwätz, der eingebrachte Gesetzentwurf trage Sorge „für die Verteidigung und den allgemeinen Wohlstand der USA“, noch schließlich die feierlichen Eide, der Nordatlantische Vertrag und das mit ihm verbundene militärische Unterstützungsprogramm entsprächen der UNO-Satzung, die Kongreßmitglieder überzeugen. Alle diese Ladenhüter, für die die Botschaft Trumans und die Broschüre des Staatsdepartements Reklame machen, sind offensichtlich unabsetzbar.

Mit jedem neuen Schritt läßt sich immer schwerer verheimlichen, daß es sich in Wirklichkeit um die Ausführung neuer Aggressionspläne handelt. Deshalb werden selbst in der herrschenden Spitzenschicht der USA Stimmen laut, die Regierung habe, wie sich die „New York Times“ ausdrückt, „etwas über die Stränge gehauen“. Wie die jüngsten Tatsachen zeigen, sind die einfachen Amerikaner ernsthaft darüber beunruhigt, daß die Regierung auf ihre Kosten bereits mehr als 6 Milliarden Dollar in das bodenlose Faß der bankrotten Kuomintangclique geworfen hat.

Aber selbstverständlich unterstützen die reaktionären Kongreßmitglieder, die versuchen, sich den Wählern gegenüber ein Alibi zu verschaffen, in vollem Umfang die abenteuerlichen Ziele der Verschwörung gegen den Frieden. Mehr noch, sie möchten den eisernen Griff der amerikanischen Imperialisten, die die Länder Westeuropas umklammert halten, noch verstärken. Brachte doch Senator Capehart den Vorschlag ein, die USA sollten nicht Waffen liefern, sondern an strategisch wichtigen Stellen innerhalb der Staatsgrenzen der Teilnehmer des Nordatlantischen Vertrags

Stützpunkte für militärische Operationen einrichten! Der Senator erklärte offen: „... Diese Stützpunkte würden uns gehören. Wir würden alle ihre Einrichtungen und alle Operationen kontrollieren. Wir würden sie beherrschen!“ Es dürfte schwerfallen, die wahren Absichten der amerikanischen Imperialisten gegenüber den Ländern Westeuropas klarer auszudrücken!

Je mehr die Organisatoren des Nordatlantischen Vertrags bestrebt sind, die mit ihm verbundenen militärischen Maßnahmen durchzusetzen, desto mehr wächst die Opposition gegen diesen Aggressionspakt nicht allein in den regierenden Kreisen der USA, sondern auch in denen Westeuropas. Selbst die Londoner „Times“ stellt fest, daß sich beiderseits des Atlantik „seltsame Schwankungen“ bemerkbar machen, welche „ihren Ausdruck in ‚nochmaligen Überlegungen‘ und in Kritik an den Zielen des Pakts, in Zweifeln an seinem Wert oder an seiner Notwendigkeit finden“.

Mit jedem Tag tritt das aggressive Wesen des Nordatlantischen Vertrags und der mit ihm verbundenen militärischen Pläne handgreiflicher zutage. Jetzt ist es für niemand mehr ein Geheimnis, daß dieser Vertrag für seine Teilnehmer ein wildes Wettrüsten, eine Aufblähung der Militärhaushalte, eine maßlose Erweiterung der Streitkräfte, die Schaffung eines umfangreichen Netzes von Militär-, Marine- und Luftflottenstützpunkten und schließlich die Verwandlung in ein Werkzeug des aggressiven USA-Imperialismus bedeutet.

Die Einbeziehung Italiens in die nordatlantische Gruppierung zeigte anschaulich, daß die Organisatoren dieses abenteuerlichen Vorhabens ihre internationalen Verpflichtungen gröblich verletzen. Nach den Bedingungen des Friedensvertrags, unter denen auch die Unterschriften der USA und Englands stehen, hat ja Italien kein Recht, irgendwelchen Bündnissen oder anderen Gruppierungen beizutreten, die aggressive Ziele verfolgen. Indes wird der Nordatlantische Vertrag gerade zur Vorbereitung eines Überfalls auf die Sowjetunion und die Länder der Volksdemokratie zusammengezimmert.

Vom Kriegstaumel berauscht, fuchtelten die Imperialisten mit einem Bündel von Ratifizierungsurkunden und posaunen ihren Sieg in die Welt hinaus. Aber mögen sie sich von diesem Scheinerfolg nichts versprechen! Das Leben zeigt, daß die Positionen der Urheber des Nordatlantikpakts immer brüchiger werden, daß der Boden unter ihren Füßen immer mehr ins Wanken gerät. Die Völker führen jetzt einen entschlossenen Kampf gegen die Verwirklichung des verbrecherischen Abenteuerprogramms, das ihre Sicherheit und den Weltfrieden bedroht.

Die Kampfhandlungen in China

A. MARTYNOW

ENDE APRIL d. J. begann die Volksbefreiungsarmee Chinas eine Offensive gegen die Kuomintangtruppen. Diese Offensive wurde unternommen, nachdem die Kuomintangregierung in Nanking sich am 20. April geweigert hatte, das in Peiping von Delegationen der Kommunistischen Partei Chinas und der Nankingregierung ausgearbeitete Abkommen über die Einstellung des Bürgerkriegs und die Durchführung demokratischer Umgestaltungen im Lande auf Grund der von Mao Tse-tung vorgeschlagenen acht Bedingungen zu bestätigen.

Die wichtigsten Operationen der von den Volksbefreiungstruppen durchgeführten Offensive entspannen sich in Zentralchina, am Mittel- und Unterlauf des Jangtsekiang. Hier beteiligten sich drei Feldarmeen an der Offensive. Zweihundzwanzig Jahre lang war Zentralchina mit der Hauptstadt Nanking und den bedeutenden Industriezentren Schanghai, Wuhan, Hantschou und Nantschang das Hauptbollwerk der Kuomintangreaktionäre und ihrer imperialistischen Brothgeber aus dem Ausland gewesen. Mit Hilfe amerikanischer Fachleute hatte sich das Oberkommando der Kuomintang lange zur Verteidigung des Jangtsekiang vorbereitet, eines der größten und wasserreichsten Ströme der Welt, der infolge des Fehlens von Brücken für angreifende Truppen, die ihn forcieren wollen, ein sehr ernsthaftes Hindernis bildet.

Im Raume des von den Städten Nanking, Schanghai und Hantschou gebildeten Dreiecks zogen die Kuomintangleute ihre Hauptkräfte in einer Stärke von rund einer halben Million Mann unter dem Oberbefehl General Tangenpos zusammen. Die Verteidigung des Raums der Städte Hankou, Kiukiang, Nantschang und Tschangschu wurde der 200 000—300 000 Mann starken Gruppierung von General Paitschunghsi übertragen. Aktiven Anteil an den Kämpfen, die sich in diesem Raum entspannen, nahmen Seestreitkräfte sowie Luftstreitkräfte der Kuomintang.

Aber weder die Konzentration der Kuomintangstreitkräfte noch die beiderseits des Jangtsekiang gebauten zahlreichen Verteidigungsanlagen konnten die Offensive der demokratischen Truppen aufhalten. Gleich während der ersten Tage wurden die Verteidigungsstellungen der Kuomintangleute an mehreren Abschnitten durchbrochen. Nachdem die zweite und die dritte Feldarmee

den Jangtsekiang südwestlich und östlich von Nanking überquert und ihre Hauptkräfte ans Südufer geworfen hatten, besetzten sie schon am 23. April die Hauptstadt Kuomintangchinas, Nanking. Die Kuomintangregierung floh nach Kanton.

Durch geschickte Operationen der Volksbefreiungstruppen wurde die Gruppierung Tangenpos rasch in mehrere isolierte Gruppen zersplittert. Gegen Ende April wurde die 200 000 Mann starke Gruppe der Kuomintangtruppen, die sich in Panik von Nanking aus südwärts zurückzog, endgültig zerschmettert.

Die Überreste der Truppen General Tangenpos waren an Schanghai herangedrängt worden. Die Volksbefreiungsarmee nahm Anfang Mai Hantschou, gelangte ans Meer und schloß damit die Einkreisung Schanghais auf dem Festlande ab. Am 27. Mai brachen die demokratischen Truppen nach hartnäckigen und langwierigen Kämpfen den wütenden Widerstand der Kuomintangleute und besetzten Schanghai, die größte Stadt und das wichtigste Wirtschaftszentrum Chinas. Die Gruppierung General Tangenpos hatte im Grunde zu bestehen aufgehört. In anderthalb Kampfmonaten verloren seine Truppen nach Angaben der Agentur Hsinhua mehr als 400 000 Mann an Gefallenen, Gefangenen und Überläufern, die sich der Volksbefreiungsarmee anschlossen.

Die Truppen der zweiten und der dritten Feldarmee entwickelten ihre Offensive, sie säuberten im Laufe des Mai und Juni den Südtel der Provinz Kiangsu, fast die ganze Provinz Tschekiang, den Nordostteil der Provinz Kiangsi und den Norden Fukiens von Kuomintangtruppen und erreichten das Vorgelände von Futschou, der Hauptstadt dieser Provinz.

Große Erfolge erzielten auch die Truppen der vierten Feldarmee. Sie begannen die Offensive im Raum des Mittellaufs des Jangtsekiang, koordinierten ihre Operationen mit denen der zweiten Feldarmee, besetzten gleich in den ersten Tagen der Offensive die befestigte Hauptstadt der Provinz Nganhwei, Nganking, und überquerten an mehreren Stellen den Strom. In Weiterführung der Offensive besetzten die Truppen der vierten Feldarmee in raschem Vorstoß den Gebirgsbezirk südlich vom Jangtsekiang und befreiten Nantschang, die Hauptstadt der Provinz Kiangsi.

Im weiteren begannen die Volksbefreiungstruppen von Nantschang aus südwärts und süd-

westwärts anzugreifen und drohten tief ins Hinterland der Kuomintanggruppierung General Paitschunghsis vorzustößen. Die Kuomintangtruppen, die den Schlägen der Volksbefreiungstruppen nicht standhalten konnten, räumten am 17. Mai eins der größten Zentren Chinas, Wuhan (die Städte Hankou, Wutschang und Hanjang), und zogen sich in den Raum Tschangscha zurück.

Gleichzeitig mit den Offensivaktionen in Zentralchina unternahmen die Volksbefreiungstruppen mehrere erfolgreiche Angriffsoperationen in Nordchina. Am 24. April besetzten sie das große Wirtschaftszentrum Nordchinas, Taijüen, die Hauptstadt der Provinz Schansi. Die Erstürmung dieser stark befestigten Stadt zeigte anschaulich die gesteigerte militärische Meisterschaft der Volksbefreiungstruppen. Infolge des Sturms wurde eine im Raum von Taijüen längere Zeit eingekreist gewesene große Kuomintanggarnison mit 19 Divisionen völlig aufgerieben; mehr als 77 000 Soldaten und Offiziere der Kuomintangarmee wurden gefangengenommen.

Darauf kapitulierte im Mai die eingekesselte Kuomintanggarnison der Stadt Tatung sowie eine Reihe umzingelter Kuomintanggarnisonen in anderen Bezirken Nordchinas. Die Volksbefreiungstruppen in der Provinz Schantung zerschmetterten durch raschen Vorstoß die Garnison der Kuomintangtruppen in der Hafenstadt Tsingtau und besetzten am 2. Juni dieses äußerst wichtige strategische Zentrum. Die amerikanischen Truppen, die die Hafenstadt seit 1945 besetzt hielten und sie zu ihrem Marinestützpunkt gemacht hatten, zogen ab. Nach der Einnahme Tsingtaus wurde die Befreiung ganz Nordchinas von Kuomintangtruppen zu Ende geführt.

Die Truppen der ersten Volksbefreiungsarmee begannen Ende April die Offensive gegen eine große Gruppierung von Kuomintangtruppen, die im südlichen Teil der Provinz Schensi konzentriert waren. Am 20. Mai besetzten die Volksbefreiungstruppen die Hauptstadt dieser Provinz, Hsian, und eine Reihe anderer Städte. In Fortsetzung der Offensive in diesem Gebiet befreiten die Volksbefreiungstruppen im Juni und Juli fast völlig den Südtel der Provinz Schensi und besetzten die Stadt Paotschi, die ein wichtiger strategischer Punkt ist: man nennt Paotschi, das an einem Gebirgspass liegt, „das Tor aus der Provinz Schensi in die Provinz Szetschuan“.

Im Laufe der Frühjahrsoffensive zeigte die Volksbefreiungsarmee anschaulich die hohe militärische Meisterschaft der Kommandeure, die Organisiertheit und opferwillige Kühnheit der Mannschaften, die Entschlossenheit, den Endsieg über die Feinde des chinesischen Volks zu erringen.

■ ■ ■

Durch die Frühjahrsoffensive sind die demokratischen Kräfte Chinas noch mehr gewachsen und erstarkt. Das Territorium der befreiten Gebiete hatte sich bis Ende Juni bedeutend erweitert und machte mehr als 30 Prozent des gesamten Landesterritoriums aus. Es hat 280 Millionen Einwohner, das sind etwa 60 Prozent der Gesamtbevölkerung Chinas. Jetzt gehören zu den befreiten Gebieten fast alle grundlegenden Industrie- und Wirtschaftszentren des Landes, mehr als 80 Prozent der Eisenbahnen, an die 75 Prozent der Industriebetriebe.

Die Volksbefreiungsarmee ist noch mehr erstarkt, ihre regulären Truppen umfassen mehr als drei Millionen Mann. Durch die reiche Beute, größtenteils amerikanischer Herkunft, verfügt die Volksbefreiungsarmee über bedeutend mehr Waffen, und ihre kämpferische Stoßkraft hat zugenommen.

Große Bedeutung für die Stärkung der demokratischen Kräfte hatte die Tätigkeit des vorbereitenden Ausschusses zur Einberufung des Politischen Konsultativrats, der im Juni d. J. in Peiping tagte. Der vorbereitende Ausschuss faßte den Beschluß, in allernächster Zukunft einen Politischen Konsultativrat aus 510 Vertretern von Parteien, Gruppen und Volksorganisationen einzuberufen, um die Bildung einer volksdemokratischen Republik China zu verkünden und eine demokratische Koalitionsregierung der Republik zu wählen.

* * *

Während die demokratischen Kräfte Chinas an Stärke gewonnen haben, gerät das Lager der chinesischen Reaktion militärisch und politisch in Verfall. Im Laufe der Frühjahrsoffensive wurden die Hauptgruppierungen der Kuomintangtruppen zerschmettert. Gegenwärtig zählen die Kuomintangtruppen, sowohl die regulären als auch die nichtregulären Truppenteile, nur etwa anderthalb Millionen Mann. Diese Kräfte sind über eine gewaltige Front versprengt, sie sind zu koordinierten Operationen kaum mehr imstande.

Unter den restlichen Kuomintangtruppen sind die Gruppierung Paitschunghsis im Raum der Stadt Tschangscha, die Gruppierung General Hutsungnans, die in der Provinz Szetschuan zurückgewichen ist, sowie die Gruppierungen der Kuomintangtruppen auf Formosa und im Raum der Stadt Kanton die verhältnismäßig stärksten. Infolge des Verlusts großer Industriezentren und der Waffenlager mit USA-Munition verspüren die Kuomintangtruppen einen Mangel an Munition.



Der Kampfgeist und die politische Stimmung der Kuomintangtruppen stehen auf sehr niedriger Stufe. Die Repressalien und der Terror der Kuomintangbehörden sind außerstande, zu verhindern, daß tausende Soldaten und Offiziere, manchmal sogar ganze Truppenverbände zur Demokratischen Armee überlaufen.

Die chinesischen Reaktionäre, die politisch wie militärisch völlig bankrott sind, suchen fieberhaft nach einer Rettung vor dem Untergang. Von wütendem Haß gegen ihr Volk erfüllt, kriechen sie vor fremden Staaten auf dem Bauche und flehen sie an, ihnen um jeden Preis zu helfen, damit sie den Bürgerkrieg gegen das chinesische Volk fortsetzen können.

Trotz der offenkundigen Aussichtslosigkeit ihrer Lage sucht die reaktionäre Kuomintangclique, auf die südlichen und westlichen Provinzen Chinas gestützt, den Kampf noch eine Weile hinzuziehen. Als „Retter“ ist Tschiangkaischek aus seinem fiktiven Ruhestand getreten und ist wieder in die politische Arena eingezogen, und zwar als Leiter des Zentralen Politischen Komitees der Kuomintang. Zum Ministerpräsidenten der Kuomintangregierung wurde der alte Militarist Jenschan gemacht. Die reaktionären Kuomintangführer nehmen eine endlose Reorganisierung des Regierungsapparats vor, sie schaffen neue „Sonderkomitees“, als ob ein Platzwechsel der Kuomintangsatrapen imstande wäre, die Offensive der Volksbefreiungsarmee abzuwenden!

Die Hoffnungen der Kuomintangclique, daß es ihr gelingen werde, die südlichen und westlichen Provinzen Chinas zu ihrem Stützpunkt für eine Fortsetzung des Bürgerkriegs zu machen, stürzen zusammen. Durch die Erfolge der Volksbefreiungstruppen mit frischem Mut erfüllt, verstärken die Volksmassen dieser Gebiete die Schläge, die sie vom Hinterland aus gegen das Kuomintangregime führen. Selbst die reaktionäre Presse ist gezwungen, zuzugeben, daß zahlreiche Volksaufstände fast alle noch unter der Kontrolle der Kuomintangregierung stehenden Provinzen erfaßt haben.

Überall haben die Arbeiter und Bauern bewaffnete Abteilungen gebildet, um der Volksbefreiungsarmee bei der raschesten Befreiung ihrer Bezirke zu helfen. So befinden sich in der Provinz Jünnan schon mehr als zwanzig Kreise in den Händen der Aufständischen. An den Volksaufständen in der Provinz Kuangsi beteiligt sich fast die Hälfte der Provinzbevölkerung. Die Volksbefreiungstruppen, die in der Provinz Kwangtung und auf der Insel Hainan operieren, sind durch den Zustrom örtlicher bewaffneter Kräfte auf 200 000 Mann angewachsen. Sie kontrollieren gegenwärtig ein bedeutendes Territorium in

den Provinzen Kwangtung, Kuangsi und Kweitschou. Laut Meldungen der demokratischen Presse bestehen in den Südpunkten Chinas bereits sieben befreite demokratische Bezirke.

* * *

Die reaktionäre Kuomintangleitung hoffte durch möglichste Verschleppung des Bürgerkriegs zu erreichen, daß die Volksbefreiungstruppen außerstande sein werden, in nächster Zeit eine Offensive gegen die Südpunkte Chinas zu führen. Nach Berechnungen der Kuomintangpresse hätte die Volksbefreiungsarmee zur Umgruppierung ihrer Kräfte und zur Festigung ihrer Positionen in den in Zentralchina besetzten Bezirken lange Zeit gebraucht. Die Kuomintangleute setzten große Hoffnungen darauf, daß die Sommerregenzeit der Offensive der demokratischen Truppen hinderlich sein werde. Die Regengüsse, die auch wirklich im Juni in Zentral- und Südchina einsetzten, führten in einer Reihe von Bezirken zu beispiellosen Überschwemmungen, durch die Millionen von Bauern vom Hungertod bedroht sind. Diese Naturkatastrophe ließ bei den Kuomintangführern neue Hoffnungen aufkeimen. Statt der in Mitleidenschaft gezogenen Bevölkerung zu helfen, gibt die Kuomintangleitung, wie die Agentur Hsinhua mitteilt, ihren Agenten Anweisung, Schädigungsakte zu begehen und Dämme zu sprengen, um die zerstörende Kraft der Überschwemmung noch mehr zu vergrößern.

Aber auch diese Hoffnungen der Kuomintangleute brechen zusammen. Trotz der schwierigen klimatischen Bedingungen haben die Truppen der Volksbefreiungsarmee nach einer gewissen Pause Anfang Juli ihre Offensive im Süden wieder aufgenommen. Die Agentur Hsinhua meldet, daß eine Kolonne der vierten Feldarmee eine Offensive südlich von Nantschang begonnen hat. Da sie auf keinen ernstlichen Widerstand stößt, hat sie bereits die große Stadt Kingan im Zentralteil der Provinz Kiangsi eingenommen und rückt weiter südwärts in Richtung Kantschou vor. Eine andere Kolonne derselben Armee führt eine erfolgreiche Offensive südwestlich von Nantschang durch und sucht die Kanton—Hankou-Eisenbahn südlich der Stadt Tschangsha zu erreichen.

Die Truppen der Volksbefreiungsarmee, die westlich von Hankou stehen, haben nach Befreiung der Städte Itschang und Schaschi den Jangtschiang im Raume dieser Städte überquert und rücken längs des Westufers des Tungtinghu-Sees südwärts vor. Gleichzeitig haben die nördlich der Stadt Tschangsha stehenden Truppen der Volksbefreiungsarmee im Vorlande dieser Stadt Kampfhandlungen gegen die Truppen des

Kuomintanggenerals Paitschunghsi begonnen. Der Verlauf der Kampfhandlungen in diesem Raum zeigt, daß die Volksbefreiungstruppen die Kämpfe unmittelbar um die Stadt Tschang-scha begonnen haben, die der letzte große Stützpunkt auf dem Wege nach Kanton ist.

Die Offensive der Volksbefreiungstruppen ist von einer zunehmenden Kampfkraft der

Partisanenabteilungen begleitet, die im Hinterland des Kuomintanggebiets in den Südprowinzen Chinas operieren. Die demokratische Presse teilt mit, daß die an der Grenze der Provinzen Fukien und Kwangtung operierenden Volksbefreiungstruppen einen Vormarsch in Richtung Kanton begonnen und vor einiger Zeit die Kreisstadt Haifong eingenommen haben.

WIE DER ZWEITE WELTKRIEG VORBEREITET WURDE

Die amerikanischen Münchener

M. GUS

1. Sie gaben Hitler die Waffe in die Hand...

Am 5. November 1937 versammelte Hitler in der Reichskanzlei die führenden Militärs des Dritten Reiches und erklärte ihnen im Beisein des Außenministers, die Zeit sei gekommen, das Ziel, das die deutsche Außenpolitik von jeher verfolgte, nämlich für Deutschland einen „weiten Lebensraum“ sicherzustellen, zu erreichen. Dem Internationalen Kriegstribunal in Nürnberg wurde später das Originalprotokoll dieser Beratung unterbreitet, auf der Hitler seine Ziele wie folgt erläuterte:

„Der notwendige Raum ist nur in Europa zu suchen“ — „es handelt sich nicht um die Unterwerfung eines Volkes, sondern um die Eroberung landwirtschaftlicher Nutzfläche“ — „weder früher noch heute könnte man Raum ohne einen Besitzer finden, der Angreifer bekommt es stets mit dem Besitzer zu tun“, daher „kann die deutsche Frage nur mit Kraftmitteln gelöst werden“.

Über diese Kraft verfügte Deutschland nach Hitlers Ansicht bereits:

„Die Neuaufrüstung des Heeres, der Marine und der Luftwaffe ... ist praktisch abgeschlossen. Unsere Materialausrüstung und Bewaffnung sind modern.“

Die Hilfe der USA-Monopole spielte bei der Wiederherstellung der Kriegsmaschine des deutschen Imperialismus eine ausschlaggebende Rolle. Hitlers „Finanzzauberer“ Schacht, der als Hauptvermittler zwischen Deutschland und den amerikanischen Finanzleuten fungierte, bezeugt in seinem bereits nach dem Kriege herausgegebenen Buche „Abrechnung mit Hitler“ folgendes:

„In den sechs Jahren von 1924 bis 1930 hat Deutschland ebensoviel Anleihen aus dem Auslande aufgenommen, wie die Vereinigten Staaten vor dem ersten Weltkrieg in einem Zeitraum von vierzig Jahren.“

Nicht nur die amerikanischen Milliarden ließen das deutsche Kriegspotential wiedererstehen. Eine gewaltige Rolle spielten die Kartellverträge zwischen den deutschen und den amerikanischen Konzernen.

Die Bedeutung dieser Art Hilfe der amerikanischen Monopole an Hitlers Kriegswirtschaft tritt im Falle des Bleitetraäthyls anschaulich zutage. Das ist der rentabelste der in der Benzinerzeugung angewandten Zusätze zur Verhütung des Klopfens. In den USA liegt das Monopol der Bleitetraäthylherzeugung in den Händen der Ethyl Gasoline Corporation, die der Standard Oil Co. of New Jersey und General Motors (duPont) zu gleichen Teilen gehört. Im Jahre 1935 schloß diese Korporation einen Vertrag mit dem deutschen Chemietrust I.G. Farbenindustrie, kraft dessen das der Korporation in den USA gehörige Patent den Deutschen übergeben wurde. Schon während des Krieges gelangte eine Sonderkommission von Sachverständigen, Chemiewissenschaftlern der I.G. Farbenindustrie, in einem Bericht, der später in den Archiven der I.G. Farbenindustrie erbeutet wurde, zu dem Schluß, daß ohne Bleitetraäthyl „die heutige Methode der Kriegführung undenkbar wäre“, und daß der I.G. Farbenindustrie

„die schwierige Arbeit der Entwicklung ... erspart blieb, da wir zur Herstellung dieses Produkts unter Ausnutzung der gesamten Erfahrung schreiten konnten, die die Amerikaner im Laufe vieler Jahre gesammelt hatten“.

Somit ist der Beitrag der USA-Monopole zur Schaffung der gigantischen Kriegsmaschine, mit deren Hilfe Hitler sich entschloß, zur Ausführung seines Aggressionsplans zu schreiten, in der Tat unermeßlich.

2. ... und billigten Hitlers Aggressionsplan

Als erstes Ziel der Aggression stellte Hitler am 5. November 1937 die Eroberung Österreichs und der Tschechoslowakei auf. Er erklärte dabei, daß „aller Wahrscheinlichkeit nach England und vielleicht auch Frankreich die Tschechoslowakei bereits stillschweigend abgebucht haben“.

Er irrte sich nicht! Genau zwei Wochen, nachdem auf der höchst geheimen Beratung beschlossen worden war, zur praktischen Ausführung des Eroberungsplans zu schreiten, erklärte Lord Halifax, ein Sonderabgesandter der britischen „Cliveden-Clique“ und Minister der Chamberlainregierung, Hitler gegenüber, England akzeptiere die Möglichkeit einer „Veränderung der europäischen Ordnung“, namentlich in der Frage Danzigs, Österreichs und der Tschechoslowakei.

Nachdem Hitler die Zustimmung Englands hatte, hielt er es für notwendig, auch in den USA eine für seine Absichten möglichst günstige Situation zu schaffen. Dort besaß er bereits eine starke Agentur (offene und geheime deutsche Organisationen und Spionagenester) wie auch eifrige Anhänger und Freunde im Kreise der Monopolleiter und reaktionären Politiker. Die reaktionären Kreise beeilten sich, die 1937 angebrochene Wirtschaftskrise zu einer Großoffensive in der Innen- und Außenpolitik zu benutzen. Im USA-Kongreß brachte der Block der Republikaner und des gegen Roosevelt gerichteten Flügels der Demokraten ein Gesetz durch, laut welchem die Waffenausfuhr nach Spanien für die gesetzmäßige republikanische Regierung gesperrt wurde. Zugleich lieferten die USA-Monopole durch ihre deutschen Filialen Waffen an Franco. Die profaschistischen Kreise, die die Belieferung der rechtmäßigen spanischen Regierung verhinderten, entfalteten eine wüste Propagandakampagne gegen die spanischen Demokraten, die amerikanischen Antifaschisten und die Sowjetunion.

In dieser Situation beauftragte Hitler seine Emissäre von Tippelskirch, den Generalkonsul in Boston, und von Killinger, den Generalkonsul in San Franzisko, mit den Leitern der Monopole und den reaktionären politischen Obermächern einen gemeinsamen Aktionsplan zu vereinbaren.

Eine Geheimberatung fand am 23. November 1937, d. h. fast drei Wochen nach Hitlers Rede

und vier Tage nach seinen Besprechungen mit Halifax, statt. Eine Mitteilung über diese Beratung ist in den Kongreßberichten vom 20. August 1942 abgedruckt. An der Beratung nahmen Tippelskirch und Killinger von deutscher Seite sowie sieben Großindustrielle und Kongreßmitglieder von amerikanischer Seite teil.

Von Tippelskirch eröffnete die Beratung und forderte zur Zusammenarbeit Deutschlands und der USA zwecks Aneignung der gigantischen Märkte Chinas und der Sowjetunion auf. Von Killinger, ein gewiegter faschistischer Terrorist und Mordbube, legte die „Errungenschaften“ des Faschismus in Deutschland dar und empfahl sie der Aufmerksamkeit der USA-Monopolherren.

Deren Standpunkt vertrat Senator Arthur Vandenberg, das Oberhaupt der mächtigen Finanzgruppe Lamot duPont, sowie Alfred P. Sloan, das Oberhaupt der Firma General Motors, die unter der allgemeinen Kontrolle von duPont und Morgan steht. Sie erklärten, in der Außenpolitik müsse man eine Annäherung der USA an Deutschland zum gemeinsamen Kampf gegen die Sowjetunion anstreben, in der Innenpolitik aber sei es nötig, eine Faschisierung des politischen Regimes und der Volkswirtschaft durchzusetzen. Insbesondere meinte Sloan, man müsse alle faschistischen Organisationen der USA unter einem „Führer“ zusammenfassen. DuPont betrachtete die Zusammenarbeit aller führenden Politiker und Wirtschaftler beider Parteien auf der Grundlage der Aufrichtung des Faschismus in den USA und der Hilfe an den Hitlerfaschismus in Europa als wichtigste Aufgabe.

So erhielt Hitler auch jenseits des Atlantischen Ozeans eine Billigung seiner Pläne und sicherte sich den Beistand mächtiger USA-Monopole.

3. Hitlers transatlantische Clique

Wer gehörte der amerikanischen Gruppe der Freunde Hitlers an?

Die Isolationisten, die die Einmischung der USA in den europäischen Krieg auf seiten der Demokratie gegen Hitler nicht wünschten, aber danach lechzten, Hitler im Kriege gegen die Demokratie und die Sowjetunion zu helfen. Die reaktionären Politiker, denen es darum ging, in den USA ein faschistisches Regime aufzurichten.

Sie wurden von den Leitern der mächtigen Monopole unterstützt, die das Wiedererstehen der deutschen Kriegsmaschine finanzierten. Diese hielten sich selbst hinter den Kulissen, wurden aber von Geschäftsleuten kleineren Formats vertreten. Den Kern dieser Clique bildeten Herbert Hoover, sein Freund William Castle, Senator Arthur

Vandenberg, die USA-Botschafter J. P. Kennedy (London) und William Bullitt (Paris), der Abenteuerer Charles Lindbergh, die Brüder John und Allen Dulles, der Zeitungsmagnat William Randolph Hearst, die Senatoren B. K. Wheeler und R. D. Holt, die Mitglieder des Repräsentantenhauses Hamilton Fish und S. A. Day. Als führende Mitglieder gehörten dieser Gruppe auch solche Vertreter der Monopole an wie Winthrop Aldrich (Finanzgruppe Rockefeller), Sosthenes Behm (Morgangruppe), Alfred Sloan, James David Mooney, William Knudsen (General Motors), Victor Emanuel (sogenannte Cleveland-Gruppe), der große Erdölindustrielle William Rhodes Davis und Robert Wood.

Ein bedeutender Teil dieser Namen ist weit und breit bekannt. Einige weniger bekannte Teilnehmer dieser Clique sind nicht minder pittoreske Gestalten.

William Castle war in den Jahren 1917—1919 Direktor des Verbindungsbüros des Amerikanischen Roten Kreuzes. Das Büro war Ende des ersten Weltkriegs und in den ersten Nachkriegsjahren eine der Zentralen, von denen aus Spionage gegen die Sowjetrepublik getrieben und der Kampf gegen sie organisiert wurde. Dieser Kampf wurde bekanntlich auch von Herbert Hoover angeführt, und an ihm beteiligten sich als Kundschafter William Bullitt und Loy Henderson. Im Jahre 1919 trat Castle einen Posten im Staatsdepartement an. Unter Hoover war er Gehilfe des Staatssekretärs, Botschafter in Japan und Unterstaatssekretär.

Kennedy, ein Bankmann, der in Börsenmanipulationen und Spekulationen sehr gewiegt ist, wurde 1937 zum Botschafter in London ernannt, wo er mit der „Cliveden-Clique“ Astor-Halifax-Hoare-Chamberlain in enge Beziehung trat.

Als inoffizieller Botschafter der amerikanischen Prohitlerclique trat W. R. Davis auf, ein großer Erdölindustrieller, der bedeutende Summen in Deutschland investiert hatte. Im Kreise Görings, mit dem er im September 1939 den Plan beriet, wie man Roosevelt bei den Wahlen von 1940 eine Niederlage bereiten könne, galt er als dazugehörig. Schon nach Hitlers Überfall auf Polen verkaufte er den Deutschen seine Erdölunternehmen in Mexiko. Von diesen Umtrieben Davis' berichtete die „New York Times“ im Januar 1941.

Victor Emanuel ist ein Magnat des Flugzeug- und Schiffbaus, der Hüttenindustrie und der Kommunalbetriebe (Elektrizitäts- und Gasgesellschaften), die zur Cleveland-Gruppe gehören. Schon seit langer Zeit ist er mit dem deutsch-englisch-amerikanischen Bankhaus Schröder liiert, das in der Herstellung engster Zusammenarbeit

zwischen den amerikanischen und den deutschen Monopolen eine so bekannte Rolle gespielt hat. Infolgedessen ist Emanuel gegenwärtig auch Direktor zweier amerikanischer Filialen der I.G. Farbenindustrie (General Aniline and Film Corporation und General Dyestuff Corporation). In den Vorkriegsjahren wurde dieser Bankier und Industrielle, der nach etwa sieben Jahren Aufenthalt in England nach den USA zurückkehrte, zu einer Säule der pronazistischen reaktionären Clique in den USA.

General Robert Wood leitete, als er noch im aktiven Dienst stand, die Panama-Eisenbahn, einen Vorposten des USA-Imperialismus in der Zone des Panamakanals. Nachdem er den Militärdienst quittiert hatte, trat er einer großen Versandfirma in Chicago, Sears Roebuck and Company, bei. Im Jahre 1938 bekleidete er dort den Präsidentenposten, war einer der Direktoren der Illinois-Central-Eisenbahn, die im Besitz der Harrimangruppe ist, und gehörte außerdem der Direktion der New Yorker Effektenbörse an. Er war ein leidenschaftlicher Anhänger der Politik der „Befriedung“ Hitlers um den Preis der Abtretung ganz Europas und, falls es nötig sein sollte, auch Südamerikas an ihn. Während des zweiten Weltkriegs wurde er zum Vorsitzenden des faschistischen Komitees „Amerika geht vor“ gewählt.

Lindbergh, Bullitt, Hoover, Vandenberg und Wheeler bedürfen keiner Charakteristik, sie sind als Todfeinde der Demokratie und der Sowjetunion, als wütende Verfechter der Reaktion und des Faschismus wohl bekannt.

4. Die amerikanischen Verbündeten Hitlers in Aktion

Der auf der Beratung von San Franzisko festgelegte Hilfsplan für Hitler sah bestimmte Aktionen im Rahmen der Innen- und Außenpolitik der USA vor. Die Verschwörerclique tat und bewirkte alles, was in ihrer Macht stand, um Hitler bei der Ausführung seines Raubprogramms zu helfen.

Bereits drei Tage nach der Beratung von San Franzisko teilte der Hitleragent Viereck einem Redakteur des faschistenfreundlichen „Liberty Magazine“ mit, er werde gemeinsam mit dem Kongreßmann Hamilton Fish einen Aufsatz zur Verteidigung der Forderung schreiben, daß die USA-Verfassung durch einen Punkt über die Durchführung einer Volksabstimmung im Falle einer Kriegserklärung vervollständigt werden solle. Das war die Kampfforderung im Programm der hitlerfreundlichen Clique, die ein Fernbleiben der USA von der den Aggressoren Widerstand

leistenden Einheitsfront anstrebte. Eine entsprechende Resolution wurde im Kongreß eingebracht, und Vandenberg war einer ihrer Schöpfer und trat im Januar 1938 als ihr aktivster Verteidiger auf.

Schon im Februar 1938 verkündete Hitler offen seine Ansprüche auf Österreich und das Sudetengebiet.

Ebenfalls im Februar stellte die Rockefellersehe Standard Oil der I.G. Farbenindustrie eine vollständige technische Information über die Erzeugung von Butylkautschuk zur Verfügung. Die Stahlindustrie aber beschloß, die Verhandlungen über den Anschluß an das europäische Stahlkartell zu beschleunigen. Sie wurden von der Steel Export Association of America geführt, die die Morgansche United States Steel Corporation, die American Bethlehem Steel Company aus dem „Reiche“ Kuhn, Loeb and Co. und die Konzerne der Cleveland-Gruppe (Republic Steel Corporation, Wheeling Steel Corporation) vereinigte. Das europäische Kartell stand unter deutscher Leitung, und der Anschluß der amerikanischen Stahlindustrie sollte die internationalen Positionen des deutschen Imperialismus außerordentlich verstärken.

Am 12. März 1938 besetzte Hitler Österreich und richtete sofort danach die Spitze seiner Aggression gegen die Tschechoslowakei.

Um zu betonen, daß sie Hitlers Politik billigen, beeilten sich Morgan und andere Drahtzieher der amerikanischen Stahlindustrie, gerade im März die Verhandlungen mit dem Stahlkartell zum Abschluß zu bringen. Der Kartellvertrag sah einen „Bonus“ für nichtausgenutzte Stahlexportquoten vor, Deutschland aber schränkte die Stahlausfuhr stark ein und brach sie später gänzlich ab. Auf diese Weise zahlten die amerikanischen Konzerne Deutschland in den Jahren 1938/39 solide Prämien für das anwachsende Tempo der Aufrüstung.

Auch die Standard Oil beeilte sich ihrerseits, Hitler anzueifern und seine Aggression zu belohnen. Im April 1938 teilte die I.G. Farbenindustrie ihrem amerikanischen Partner mit, die deutsche Regierung habe nicht erlaubt, technische Informationen über die Herstellung von „Buna“-Kautschuk an die Standard Oil zu liefern. Der amerikanische Öltrust bestand nicht auf Erfüllung des Kartellvertrags, sondern verlangte unverzüglich von den Firmen Goodyear Tire and Rubber Company und Dow Chemical Company, sie möchten die von ihnen begonnene selbständige Ausarbeitung von Methoden zur „Buna“-Produktion bremsen, um die Interessen der I.G. Farbenindustrie nicht zu beeinträchtigen.

So wurde Hitler noch ein weiterer konkreter Beweis dafür geliefert, daß seine Raubpolitik volle Unterstützung gefunden hatte, und obwohl

eine Senatskommission unter dem Vorsitz Harry Trumans im Jahre 1943 fand, daß „es sich nicht um moralische Verworfenheit oder unpatriotische Motive der Standard Oil bzw. irgendeines ihrer hohen Beamten“ handle, da sie sich angeblich von rein geschäftlichen, nicht aber von politischen Beweggründen leiten ließen, wußten jedoch Morgan, duPont und Rockefeller, was sie taten, als sie die Hitleraggression bewußt förderten und sie nach Osten lenkten.

5. Der erste Ansturm gegen die Tschechoslowakei

Als nach Österreich die Reihe an die Tschechoslowakei kam, halfen Hitlers amerikanische Partner ihm energisch bei der Durchführung dieses Punktes seines Eroberungsprogramms.

Anfang 1938 reiste Herbert Hoover nach Europa. Er besuchte Österreich, die Tschechoslowakei und Polen, wurde im März von Hitler in Berlin empfangen, besuchte Göring auf seinem Jagdschloß. Während der langen Unterredung mit dem „Führer“ wurde Hoover über die deutschen Pläne hinsichtlich der Tschechoslowakei informiert. In London erfuhr Hoover von Chamberlain und anderen Obermächern der „Cliveden-Clique“, daß England über diese Hitleraktion unterrichtet sei und sie billige. Als er nach den USA zurückkehrte, wußte er, daß Hitler in Mitteleuropa freie Hand gegeben wurde, und daß das Ziel der von Chamberlain vorgeschlagenen „echten und herzlichen Freundschaft mit Deutschland“ die Vorbereitung und Durchführung einer Aggression gegen die Sowjetunion war.

In zahlreichen öffentlichen Reden trat Hoover gegen die kollektive Sicherheit als ein sinn- und nutzloses Unterfangen auf. Er rief offen auf, Hitlers Plänen keinerlei Hindernisse zu bereiten, da „Deutschlands Gesicht mehr nach Osten denn nach Westeuropa gewandt“ sei. „Nach Osten“ bedeutete: gegen die Sowjetunion.

Hitler bereitete einen Ansturm gegen die Tschechoslowakei vor und rechnete damit, sie einschüchtern und dieses nächste Opfer mit Unterstützung Englands, Frankreichs und der USA „in einem Sprung“ an sich reißen zu können. Die amerikanischen Verbündeten Hitlers halfen ihm dabei und entfalteten gleichzeitig eine Offensive auch in der Innenpolitik der USA.

Die Wirtschaftskrise nahm an Schärfe zu, und der Index der Industrieproduktion sank von 112 im Januar 1937 auf 70 im Mai 1938. In dem Bemühen, alle Lasten auf die Werktätigen abzuwälzen, stellten die 16 führenden Bankiers und Industriellen Roosevelt ein Ultimatum, in dem sie Durchführung eines „wirtschaftlichen Sanierungs-

programms“ auf Kosten des Volkes verlangten. Das Ultimatum wurde unterschrieben von Aldrich, einem Schwiegersohn Rockefellers und Vorsitzenden der Chase National Bank, ferner von Owen Young, dem Chef der Morganschen General Electric, von William Potter, dem Leiter der Morganschen Guaranty Trust Company, sowie von McAllister von der International Harvester Company.

Das Ultimatum der Wall Street wurde Roosevelt am 28. April gestellt, in dem Augenblick, als Chamberlain und Halifax in London mit Daladier und Bonnet darüber berieten, wie die spanische Republik endgültig zu erdrosseln und wie die Tschechoslowakei an Hitler auszuliefern sei.

Ihre Beschlüsse wurden natürlich durch den Botschafter Kennedy nicht nur dem Staatsdepartement bekannt, sondern auch der hinter den Kulissen hantierenden Clique Castle, Hoover und Vandenberg, die nach den Direktiven der Kreise handelte, von denen das Ultimatum der 16 Bankiers ausgegangen war... Sofort verstärkte die Clique die Kampagne gegen die im Kongreß eingebrachte Resolution über die Aufhebung des Waffenembargos. Wie die amerikanische Presse meldete, wurden die hitlerfreundlichen Isolationisten im Kongreß von einer einflußreichen Gruppe reaktionärer Beamter des Staatsdepartements unterstützt. Eine hervorragende Rolle in ihr spielte der 1938 aus der Moskauer USA-Botschaft auf einen führenden Posten in der Europaabteilung des Staatsdepartements versetzte Loy Henderson, ein erbitterter Feind der Sowjetunion und Verehrer Hitlers, der mit Castle von jeher durch gemeinsame Arbeit verbunden war.

Staatssekretär Cordell Hull erklärte am 12. Mai offiziell, er unterstütze die Resolution über Aufhebung des Embargos nicht, und damit wurde die Frage der Hilfeleistung an Spanien erneut zu Grabe getragen, was sowohl Hitler als auch Chamberlain bezweckt hatten. Nach Ansicht unterrichteter amerikanischer Presseorgane zeugte Halls Erklärung davon, daß das Staatsdepartement beschlossen hatte, Chamberlains Politik zu unterstützen.

Halls Erklärung spielte bei der Entwicklung der tschechoslowakischen Ereignisse eine bedeutende Rolle. Hitler, der von den Beschlüssen der englischen und französischen Minister wußte und von der Unterstützung der regierenden Kreise der USA überzeugt war, schickte Henlein, den „Führer“ der fünften Kolonne in der Tschechoslowakei, nach London. Das geschah einen Tag, nachdem Hull sich gegen die Aufhebung des Waffenembargos ausgesprochen hatte. Henlein stellte weitgehende Forderungen, und ihm wurde restlose Unterstützung zugesagt. Kaum war er aus London

nach Berlin abgereist, als in der „New York Herald Tribune“ ein Telegramm auftauchte, das besagte, die Tschechoslowakei sei völlig schutzlos...

Der im Mai streng geheim nach London entsandte persönliche Adjutant Hitlers, Fritz Wiedemann, brachte von Halifax die Versicherung mit, England sei „jederzeit bereit... über die Frage der Tschechoslowakei friedlich zu verhandeln“. Da wagte Hitler seinen „Maisprung“, stieß aber unerwartet auf die Entschlossenheit der Tschechoslowakei, Widerstand zu leisten. Zum Zurückweichen gezwungen, intensivierte er die politische Bearbeitung seiner westlichen Partner, damit sie ihm die Tschechoslowakei eigenhändig auslieferten.

Die Hitleragentur, die bei den Reaktionären der USA maximale Unterstützung anstrebte, half ihnen bei der Durchführung der Wahlkampagne unter der Parole der „Nichteinmischung Amerikas in fremde, europäische Angelegenheiten“. Fritz Kuhn, der Leiter des Deutsch-Amerikanischen Bundes (Massenorganisation der Hitlerfaschisten), der in den Werken von Hitlers Freund Ford als Chemiker arbeitete, erklärte im Sommer 1938 in einer Kommission der Gesetzgebenden Versammlung des Staates New York unverfälscht, sein Ziel und das Ziel seiner Gesinnungsgenossen bestehe darin, die Aufrichtung eines faschistischen Regimes in den USA durchzusetzen.

Zwecks besseren Kontakts mit den amerikanischen Partnern entbot Hitler seinen Adjutanten mit einer persönlichen Botschaft zu Vandenberg; Viereck aber, der Hauptverbindungsman zu reaktionären Claque in Washington, wurde nach Berlin berufen, um Instruktionen einzuholen.

So bereiteten Hitler und seine Freunde in den USA im Sommer 1938 energisch den schmachlichen Septemberverrat vor...

6. Das provokatorische Manöver Bonnet-Bullitt-Lindbergh

Im Sommer 1938 hielten Roosevelt und Hull einige Reden, in denen sie die Aggressoren verurteilten und zum Widerstand gegen sie aufforderten. Den Worten folgten aber keine Taten. Die Politik der USA schlug nicht den Kurs einer Festigung der Friedensfront ein, wozu die Sowjetunion aufrief und wofür sie kämpfte.

In den entscheidenden Monaten des Jahres 1938 wurde die USA-Diplomatie in Europa durch notorische Anhänger der Politik der Verständigung mit dem Aggressor, durch Bullitt und Kennedy, vertreten. Zugleich wurde Botschafter William Dodd, der für eine Politik des Widerstands gegen Hitler eintrat, aus Berlin abberufen, und

Joseph E. Davies, der sich von der Macht der Sowjetunion und ihrem Streben nach Schaffung einer Friedensfront überzeugt hatte, verließ seinen Posten als Vertreter der USA in Moskau. Bullitt und Kennedy stützten sich auf eine hitlerfreundliche, sowjetfeindliche Gruppe im Staatsdepartement und auf die reaktionäre Clique hinter den Kulissen.

Die Intrigen dieser Clique und ihrer Kreaturen und Agenten in den USA und in Europa spielten bei den verhängnisvollen Septemberereignissen, die zum Münchener Verrat und zum Fall der Tschechoslowakei führten, eine sehr bedeutende Rolle.

Chamberlain und Daladier paßte es gerade, den Gegnern ihrer Politik in England und Frankreich zu „beweisen“, daß die Westmächte nicht imstande seien, Hitler bewaffneten Widerstand zu leisten, und daß weder mit der militärischen Hilfe der Sowjetunion noch mit der Unterstützung der USA zu rechnen sei.

Die Hauptrolle bei der Ausführung dieses Manövers wurde dem abgefeimten Intriganten und käuflichen Agenten der Banken Georges Bonnet übertragen. Als Kreatur der englisch-französisch-amerikanischen Bank Lazard Brothers and Co. (die der Finanzgruppe Morgan angehört) verbrachte Georges Bonnet die erste Hälfte des Jahres 1937 als französischer Botschafter in Washington. Er hatte Gelegenheit, sich gut über die Absichten und Wünsche der amerikanischen Freunde Hitlers zu informieren; sie entsprachen durchaus seinen eigenen Sympathien, für die ihn auch die deutschen Banken großzügig bezahlten... Bullitt, der schon 1936 einen Abbruch des französisch-sowjetischen Pakts und den Abschluß eines französisch-deutschen Bündnisses angestrebt hatte, fand in Bonnet den für diese Politik am besten geeigneten Außenminister.

Zu zweit setzten sie wie nach Noten eine äußerst niederträchtige politische Affäre in Szene.

Als Bullitt am 4. September neben Bonnet bei der Enthüllung des Denkmals für die in Frankreich gefallenen amerikanischen Soldaten eine Rede hielt, erklärte er, falls in Europa erneut ein Krieg ausbreche, so sei es noch nicht gewiß, ob die USA daran teilnehmen würden oder nicht.

Nur das hatte Bonnet nötig gehabt, um sich noch mehr für eine Kapitulation vor Hitler ins Zeug zu legen. Sein nächster Schritt war ein Ansuchen an Hull durch Bullitt (vom 8. September), Roosevelt möge erklären, die „friedliche Behebung“ der tschechoslowakischen Krise werde die Grundlage des europäischen Friedens bilden.

Diese „friedliche Behebung“ aber sollte die bedingungslose Kapitulation vor Hitler sein.

Nach weiteren drei Tagen, in deren Verlauf in England und Frankreich eine Kampagne geführt wurde, um mit der Kriegsgefahr und mit der militärischen Macht Deutschlands zu schrecken, überreichte Bullitt in Washington erneut einen Vorschlag Bonnets: Roosevelt möge Hitler erklären, daß die USA die Verhandlungen Henleins mit der tschechoslowakischen Regierung als „erfolgversprechend“ ansähen. In diesen Verhandlungen aber ging es um den Selbstmord der Tschechoslowakei, und Bonnet wollte, die USA sollten ihn sanktionieren.

Bonnet glaubte, der Boden sei genügend vorbereitet, und führte seinen Schlag.

Er fabrizierte eine Fälschung, das „Resümee“ eines Memorandums über den Zustand des Heeres und der Luftflotte Frankreichs. In dem Dokument hieß es, die Streitkräfte Frankreichs, besonders aber die Luftflotte, seien den deutschen wesentlich unterlegen, und Frankreich könne sich nicht auf das Risiko eines Krieges einlassen. Aber Frankreich hatte einen Verbündeten — die Sowjetunion. Da kam Lindbergh Bonnet zu Hilfe. In den kritischen Monaten des Jahres 1938 legte er eine fieberhafte Tätigkeit als Verbindungsmann zwischen Hitler und der britischen „Cliveden-Clique“ an den Tag. Nachdem er Berlin besucht hatte und nach London zurückgekehrt war, versicherte er, die deutsche Luftwaffe sei allmächtig... Nach einem Besuch in Moskau, wo er dem Flugtag beigewohnt hatte, machte sich dieser ehrlose Intrigant nach Frankreich auf und versicherte „eidlich“, die Sowjetluftflotte sei ohnmächtig...

Am 13. September legte Bonnet dem französischen Kabinett das gefälschte „Resümee“ als Beweis dafür vor, daß an einen Widerstand gegen Hitler nicht zu denken sei... Die französische Regierung erklärte sich mit Bonnet einverstanden, Chamberlain erhielt aus Paris diese frohe Kunde und reiste nach Deutschland ab, um eine „friedliche Behebung der Krise“ zu finden, d. h. sich mit Hitler über die Bedingungen einer vollständigen Kapitulation vor ihm zu verständigen.

An dem Tage, als Chamberlain abflog, lud Halifax Kennedy zu sich ein und bat, Roosevelt möge sich über diesen Schritt Englands und Frankreichs äußern.

Hull erklärte am nächsten Tage öffentlich, alle Völker verfolgten mit größtem Interesse die „heutige historische Konferenz“. Eine solche Erklärung war für die Kapitulanten zweifellos ein Ansporn!

7. Der amerikanische Beitrag zur Sache Münchens

Hitler war von dem englisch-französischen Ultimatum an die Tschechoslowakei vom 21. September nicht befriedigt, wovon er Chamberlain am folgenden Tag, bei ihrem zweiten Zusammentreffen, in Kenntnis setzte. Er stellte Prag sein eigenes Ultimatum und forderte, es solle auch an Polen und Ungarn Territorium abtreten. Bullitt und Kennedy taten ihr Äußerstes, um zu erreichen, daß die USA die völlige und endgültige Kapitulation Londons und Paris' vor Berlin sanktionieren. Bullitt schlug Hull eiligst vor, Roosevelt solle mit einem Projekt zur Einberufung einer im Haag abzuhaltenden Konferenz Englands, Frankreichs, Deutschlands und Polens unter Beteiligung der USA, jedoch ohne die Sowjetunion, hervortreten.

Kennedy gab bekannt, im britischen Kabinett sei es zu Streitigkeiten gekommen, da manche Minister gegen den „Frieden um jeden Preis“ seien, Chamberlain aber habe die Oberhand gewonnen: Lindbergh sei zu Rate gezogen worden und habe erklärt, die Luftwaffe Deutschlands sei imstande, erfolgreich gegen die Luftstreitkräfte ganz Europas zu kämpfen. Auch dies ist ein amerikanischer Beitrag zur „Sache Münchens“!

Am 25. September ersuchte Beneš Roosevelt, zu erklären, daß die USA den Untergang der Tschechoslowakei nicht zulassen würden. Aber in Washington triumphtierte der von Hulls Stellvertreter Sumner Welles unterstützte Vorschlag Bullitts, und Roosevelt wandte sich an Chamberlain, Daladier und Hitler mit der Aufforderung, „die Verhandlungen fortzusetzen“. Das war eine direkte Unterstützung der Kapitulationspolitik...

Hitler verlangte in Prag sofortige und vollständige Kapitulation.

Bullitt meldete nach Washington, Daladier sei von einem Plan entzückt, dem zufolge Roosevelt sich nochmals an Hitler wenden solle, diesmal nur an ihn allein, mit der Bitte, seine Vertreter zur Konferenz nach dem Haag zu entsenden. Roosevelt tat das auch und wandte sich außerdem

vertraulich an Mussolini mit dem Ersuchen, den streitenden Parteien zu helfen, durch die Verhandlungen zu einer Einigung zu gelangen. Mussolini blieb nicht taub und bat Hitler, sich mit dem „Treffen der Vier“ einverstanden zu erklären.

Dieser Schritt spielte im Schlußakt des Dramas die entscheidende Rolle.

Deutschland machte eine scharfe wirtschaftliche und politische Krise durch, und das Hitlerregime stand auf sehr schwachen Füßen.

Eine Gruppe von Generalen hatte in Berlin einen Umsturz und die Beseitigung Hitlers in dem Augenblick vorbereitet, wo er den Befehl zum Beginn der Kampfhandlungen erteilen würde. Am 27. September veranstaltete Hitler in Berlin eine Militärparade, um die Stimmung der Bevölkerung zu heben. Aber die Demonstration erfüllte ihren Zweck nicht, da die Berliner den vorbeimarschierenden Truppen die Fäuste zeigten... Hitler sah das vom Fenster der Reichskanzlei aus und gerieselte in Raserei...

Am nächsten Tage, dem 28. September, entschlossen sich Witzleben, Brauchitsch und Haider endgültig zum Umsturz. Im selben Augenblick aber wurde bekannt, daß Mussolini vorgeschlagen habe, eine Konferenz der vier Mächte, wenn auch nicht im Haag, zu veranstalten, und daß Hitler diesen Vorschlag angenommen und als Konferenzort München genannt habe. Sofort gaben die Generale ihre Absicht, den „Führer“ zu stürzen, auf.

Chamberlain und Daladier reisten nach München ab, und der Fall war erledigt...

Der Münchener Verrat versetzte die amerikanischen Münchener in Begeisterung. Der Leiter der General Motors, Knudsen, schickte Hitler eine Glückwunschdepesche. Hulls Stellvertreter Welles billigte in einer Rundfunkrede vom 3. Oktober den Münchener Schacher und erklärte, dieser gebe die Möglichkeit, eine „internationale Neuordnung“ zu schaffen.

So ebneten die reaktionären Cliquen nicht nur Englands und Frankreichs, sondern auch der USA der Hitleraggression den Weg.

Internationale Umschau

(Notizen)

HENKERBUNDNIS TSALDARIS-TITO

Die Clique Tito-Kardelj-Ranković hat im Lande ein faschistisches Terrorregime errichtet und nunmehr auch den entsprechenden Schritt auf außenpolitischem Gebiet getan. Tito hat ein Bündnis mit dem Faschisten Tsaldaris geschlossen.

Die Titoclique hat es übernommen, die USA-Interventen und deren Athener Lakaien im Krieg gegen die griechische Demokratische Armee zu unterstützen. Nach Pressemeldungen fand am 4. Juli im jugoslawischen Grenzort Popokosef eine Besprechung jugoslawischer, griechischer, amerikanischer und englischer Offiziere statt. Es war selbstverständlich eine Geheimbesprechung, aber die Ergebnisse des erzielten Abkommens wirkten sich sofort unverkennbar aus. Im Juli benutzten Einheiten der monarchistisch-faschistischen Truppen schon jugoslawisches Gebiet als Bereitstellungsraum für Angriffe gegen die griechische Demokratische Armee im Gebiet des Gebirgszugs Kaimaktschalan.

Die Titoclique hat ihre Hände mit dem Blut griechischer Demokraten befleckt und bereitet nun ein neues, noch gemeineres Verbrechen vor. Nach englischen Pressemeldungen verhandeln die Belgrader Machthaber über die Auslieferung mehrerer tausend Kinder griechischer Demokraten, denen die jugoslawischen Werkstätten seinerzeit Zuflucht geboten hatten, an die Athener Henker.

Die Machthaber von Athen haben ihre Belgrader Raubkomplizen ins Herz geschlossen. Die Zeitung „Kathemerini“ schreibt schon, Griechenland sei bereit, „die freundschaftlichen Beziehungen zu Jugoslawien wiederherzustellen“, Radio Athen aber konstatiert begeistert, die jugoslawischen Behörden hätten „griechenfreundliche Gefühle an den Tag gelegt“.

Noch größere Zufriedenheit über das Henkerbündnis von Tsaldaris und Tito empfinden aber seine Organisatoren, die USA-Imperialisten. Sie haben Judas Tito seine Silberlinge garantiert. Der jugoslawische Gesandte Kosanović machte New Yorker Journalisten nach seiner kürzlichen Rückkehr aus Belgrad in die USA die Mitteilung, Jugoslawien habe bei der Internationalen Bank für Wiederherstellung und Entwicklung um eine Anleihe von 280 Millionen Dollar und auch bei Privatbanken um mehrere Anleihen angesucht. Kosanović äußerte seine Überzeugung,

daß Jugoslawien diese Anleihen erhalten werde. Er weiß, daß die Weltherrschaftsanwärter aus den USA es gewohnt sind, Würger der Freiheit und Unabhängigkeit der Völker zu bezahlen.

WOZU BEVIN VORKEHRUNGEN TRIFFT...

Während der kürzlichen Parlamentsdebatten über die englische Außenpolitik kam es zu einem interessanten Zwiegespräch zwischen Bevin und Churchill. Bevin erklärte, die Forderung der bedingungslosen Kapitulation habe in Deutschland nichts zurückgelassen, worauf man bauen könnte: weder Gesetz noch Verfassung oder irgend jemand, mit dem man Abmachungen treffen könnte.

Deswegen, fügte Bevin hinzu, hätte er eine solche Forderung niemals akzeptiert, wenn die Entscheidung dieser Frage bei ihm gelegen hätte.

Churchill beeilte sich, seine Seele von der Bürde dieser Sünde zu entlasten. Er erklärte, die Forderung nach bedingungsloser Kapitulation Deutschlands wäre von Roosevelt ausgegangen, und er, Churchill, sei genötigt gewesen, Roosevelt zu unterstützen, obwohl diese Forderung seinen „Überzeugungen“ widersprochen habe.

Somit blasen Bevin und Churchill in trauter Eintracht darüber Trübsal, daß die Krimdeklaration über Deutschland, unter der Churchills Unterschrift steht, verwirklicht wurde.

Vor fünf Jahren, kurz nach der Landung der englisch-amerikanischen Truppen in Frankreich, starteten die Freunde und Gönner des Faschismus eine wilde Kampagne gegen die Forderung nach bedingungsloser Kapitulation Hitlerdeutschlands. Vom Papst bis zum Labouristen Bevan, dem derzeitigen Gesundheitsminister, erhoben sie dagegen Einspruch, daß der Krieg zur völligen Zerstörung des deutschen Faschismus und Militarismus führen sollte.

Jetzt hat Churchill zugegeben, daß auch er ein Feind der Forderung nach bedingungsloser Kapitulation war, obwohl diese das offiziell anerkannte Ziel der gesamten Antihitlerkoalition bildete.

Nun spart Bevin schon vier Jahre lang keine Mühe, um den „Fehler“ zu korrigieren, der darin bestand, daß die freiheitliebenden Völker nach heldenhaften Anstrengungen Hitlerdeutschland zertrümmerten und den deutschen Imperialismus zur bedingungslosen Kapitulation zwangen.

Der labouristische Außenminister des britischen Imperialismus singt die uralte Weise: „...Der Schlüssel zum europäischen Frieden ist die Regelung des britisch-amerikanisch-französisch-deutschen Problems.“ Und er fügt erläuternd hinzu, die Frage bestände darin, „ob wir imstande sind ... Deutschland der westlichen Hemisphäre näher zu bringen“.

Es ist nicht allzuschwer zu verstehen, daß dies die Politik des berüchtigten „Viererpakts“ zu einem gemeinsamen Feldzug gegen die Sowjetunion ist. Seinerzeit versuchten es Chamberlain, Laval, Bonnet und die sonstigen „Befrieder“ des deutschen Imperialismus mit dieser Politik. Jetzt kommt die gleiche Politik in der Westlichen Union, im Nordatlantischen Vertrag und in der Zusammenzimmern des „westdeutschen Bundesstaates“ zum Ausdruck.

Bevin hält es nicht für notwendig, Wesen und Ziel dieser Politik zu verheimlichen. Er erklärte laut und vernehmlich, man könne sagen, daß man Deutschland nicht als Aggressor behandeln dürfe, aber...

„Jetzt bin ich noch nicht dazu bereit“, fügte er hinzu.

Man sieht also, wozu Bevin Vorkehrungen trifft: zur Krönung der Politik einer Wiederbelebung und Begünstigung der deutschen Aggression!

MARSHALLISierter WIEDERAUFBAU IN ÖSTERREICH

Der umfangreichen Sammlung aller möglichen „Wiederaufbau“- und „Entwicklungs“-programme, die in den marshallisierten Ländern Westeuropas wie Pilze nach dem Regen hervorschießen, hat sich vor kurzem das österreichische „staatliche Wiederaufbauprogramm“ der Regierung Figl für 1949 hinzugesellt. Die Wiener Rechtspresse schreibt über dieses Programm und will dabei schier vor Stolz vergehen. Der von den amerikanischen Behörden in Österreich herausgegebene „Wiener Kurier“, der befürchtet, die Österreicher könnten ihre Wohltäter aus Übersee für einen Moment vergessen, hat sich diesem Reklamefeldzug angeschlossen. Die Zeitung beeilt sich zu melden, das Programm werde zum Teil mit freigegebenen Mitteln des USA-Sonderkontos finanziert, auf das der Erlös für die Marshallplanwaren kommt.

Es fragt sich nur noch, was die Wiener Machthaber für das amerikanische Geld eigentlich bauen wollen. Eine Vorstellung davon vermittelt ein Artikel, der unter der schreienden Überschrift „Wiederaufbau wird fortgesetzt“ in dem Wiener

Blatt „Die Presse“ erschienen ist. Man kann daraus folgendes erfahren:

In Niederösterreich wird ein Gefangenenhaus, ein Kreisgerichtsgebäude und eine Bildungsanstalt gebaut.

In Oberösterreich baut man an einer Strafanstalt in Garsten, am Polizeipräsidiatsgebäude in Linz u. dgl. m.

In Vorarlberg sollen die Bauarbeiten mit besonderem Elan entfaltet werden: hier wird in Bregenz ein Gefangenenhaus sowie das Gebäude des Landesgendarmeriekommandos und in Feldkirch das Haus des Landesgerichts gebaut.

Auch die übrigen Bundesländer sollen neue Strafanstalten und Gendarmeriegebäude erhalten. Man sieht also, daß das „staatliche Wiederaufbauprogramm“ für 1949 recht zielstrebig ist. Der „Wiener Kurier“ hegt vergebens Befürchtungen: das österreichische Volk wird den USA-Beitrag zur Modernisierung der Polizeikerker in Österreich gebührend zu würdigen wissen.

EINE UNVERDIENTE KRANKUNG

Vor einiger Zeit wurden drei prominente Vertreter des USA-Kapitals in Westeuropa — Harriman, Douglas, der amerikanische Botschafter in London, sowie Finletter, der Leiter der Sondermission für die Erfüllung des Marshallplans in England — von der englischen katholischen Wochenschrift „Truth“ unverdienterweise beleidigt. Die Zeitschrift behauptet, diese Gentlemen aus Übersee hätten ihren Leumund durch die bedingungslose Unterstützung des angeblichen „sozialistischen Experiments“ der Labourpartei sowie durch Lobreden über Attlee und dessen Kollegen befleckt. Mit gespielter Entrüstung schreibt „Truth“:

„Mr. Douglas, Mr. Harriman und Mr. Finletter sind nun drei der wichtigsten Erwerbungen der Britischen Sozialistischen Partei geworden. Nach ihren öffentlichen Äußerungen zu urteilen, beziehen sie ihre Eingebung nicht aus den USA, sondern aus dem sozialistischen Stab im Transport House. Sie erinnern an Puppen eines Bauchredners, und dieser ist Mr. Herbert Morrison.“

Aus diesem Grund bezichtigte „Truth“ die Wall-Street-Bevollmächtigten keines geringeren Verbrechens als des „Verrats“ an der amerikanischen Lebensweise und an jenem „System des freien Unternehmertums, auf dem die USA beruhen“.

Selbst wenn man berücksichtigt, daß der Angriff der „Truth“ von den Wahlerwägungen der Churchillpartei bedingt ist, muß man doch zugeben, daß Harriman, Douglas und Finletter leiden müssen, ohne es auch nur im geringsten verdient

zu haben. Hätten sie sich in der Kommission zur Untersuchung unamerikanischer Tätigkeit zu verantworten, so könnten sie mit Leichtigkeit ihr Alibi erbringen. In Washington ist es, übrigens genau so wie in der Redaktion der Zeitschrift „Truth“, bekannt, daß der „demokratische Sozialismus“ von Attlee und Morrison kein Körnchen Sozialismus enthält. Deswegen gestatten sich die Geschäftsherren aus den USA mit ruhigem Gewissen in Reden und Presseerklärungen Kompimente für die Labouristen.

Harriman, Douglas, Finletter und zusammen mit ihnen auch die von der Wall Street begönneten Labouristenhäuptlinge können die Redaktion der „Truth“ ohne weiteres wegen Verleumdung verklagen. Selbst das strengste bürgerliche Gericht wird ihnen ohne Schwanken ein Leumundszugnis ausstellen, das ihnen ihre völlige Zuverlässigkeit als treue Diener seiner Majestät, des Kapitals, bescheinigt.

DAS SANATORIUM IN SPANDAU

Im britischen Sektor Berlins befindet sich das bekannte Spandauer Festungs-Gefängnis. In den Jahren der Nazi Herrschaft waren die Mauern dieses Kerkers stumme Zeugen der Foltern, denen hier Antifaschisten unterzogen wurden. Nun sind es aber schon zwei Jahre, seitdem das Spandauer Gefängnis dank den Bemühungen der englischen Besatzungsbehörden zu einem Sanatorium besonderer Art geworden ist. Das Blatt der englischen Besatzungsbehörden, „Die Welt“, berichtet von den noblen Kurgästen dieses Sanatoriums:

Der frühere Außenminister Konstantin von Neurath betätigt sich gern im Gemüsegarten...

Der frühere Führer der Hitlerjugend, Baldur von Schirach, widmet seine meiste Zeit der Lektüre französischer schöner Literatur...

Der frühere Reichswirtschaftsminister Walther Funk befaßt sich hauptsächlich mit Musik.

Hitlers Nachfolger, Großadmiral Karl Dönitz, macht den Chefs von Spandau neue Sorgen: wegen seiner Hautempfindlichkeit braucht er „besonders leichte Unterwäsche“.

„Ebenso rührend ist die Sorge, mit der man sich um die anderen Erholungsgäste in Spandau bemüht, um Rudolf Heß, Albert Speer und Admiral Erich Raeder. Sie werden ausgezeichnet gepflegt, dürfen Besuche ihrer Verwandten, Freunde und Gesinnungsgenossen empfangen. Und als Funk sich etwas unwohl fühlte, waren die gastfreundlichen Hausherrn in Spandau ganz aufgeregt: sie nahmen eiligst eine Bluttransfusion vor, und „dieses Blut spendeten, ohne zu wissen, für wen, britische Soldaten“...“

Die englisch-deutsche „Welt“ meldet dies alles ohne den leisesten Schatten eines Tadels. In der Sprache des Herrn dieser Zeitung, des Militärgouverneurs der britischen Besatzungszone, General Robertsons, und seiner Labourchefs in London heißt das Spandauer Sanatorium Gefängnis, und die noblen Hitlerschergen, die dort ein behagliches Leben führen, gelten als Sträflinge, die die vom Internationalen Kriegstribunal in Nürnberg über sie verhängte Strafe abbüßen.

Dutzende Millionen Menschen aber betrachten dieses Sanatorium für hitlerfaschistische Hauptkriegsverbrecher als eine Verhöhnung. Es ist eine Verhöhnung des Andenkens derer, die von den Seepiraten Raeders und Dönitz' umgebracht wurden; eine Verhöhnung der Opfer der V-1 und V-2, die unter Speers Leitung erzeugt wurden; es ist Hohn an den Opfern der Zöglinge Baldur von Schirachs, welcher nach einem Ausdruck Hitlers eine Generation „junger Raubtiere“ großzog; es ist Hohn an den Opfern der Öfen von Auschwitz, den Opfern der Foltern und der Galgen in den Konzentrationslagern, mit denen die jetzigen Insassen des Sanatoriums in Spandau zwei Drittel Europas bedeckt hatten.

Man kann die Manager des Sanatoriums in Spandau nur als Gönner der hitlerfaschistischen Henker bezeichnen, der niederträchtigsten Henker, die die Geschichte jemals kannte.

LORD VANSITTART LEGT EINE NEUE PLATTE AUF

Wollte man der westdeutschen Presse Glauben schenken, so hätte das deutsche Volk neue Herzensfreunde gefunden: Lord Robert Vansittart und Lord John Brabazon. Ihre Liebeserklärung an die deutsche Nation kleideten sie in die Form einer Denkschrift zur Frage der deutschen Kriegsgefangenen, die die Sowjetunion angeblich „nicht heimstreckt“. Die englischen Lords nennen Zahlen mit einer Nullenmenge, zu der sich Verleumder mit minder hohen Titeln kaum erköhnt hätten, und versprechen leutselig, einen Strauß für die Gerechtigkeit auszufechten.

Man kann leicht verstehen, warum die deutschen Rechtspolitiker und ihre Presse mit beiden Händen nach dem ihnen zugeworfenen Falschdokument gegriffen haben. Sie stehen kurz vor den Wahlen zu dem „Bundesrat“, der nur eine Marionette sein wird. Wie das Organ der englischen Behörden in Deutschland, „Die Welt“, ganz simpel ausplaudert, beabsichtigen die Rechtsparteien, den provokatorischen Lärm um das Kriegsgefangenen Schicksal als „wichtigsten Punkt ihrer Wahlpropaganda“ auszuschlachten. Für den

sowjetfeindlichen Kramladen Schumachers und Adenauers sind die Erfindungen Vansittarts eine geradezu einmalige Gelegenheit!

In den Massen der deutschen Bevölkerung werden die freundschaftlichen Gesten Vansittarts und Brabazons wahrscheinlich anders aufgenommen werden. Die Namen dieser Herren sind in Deutschland zu gut bekannt, als daß irgend jemand ihre Sorge um das deutsche Volk für bare Münze nehmen könnte.

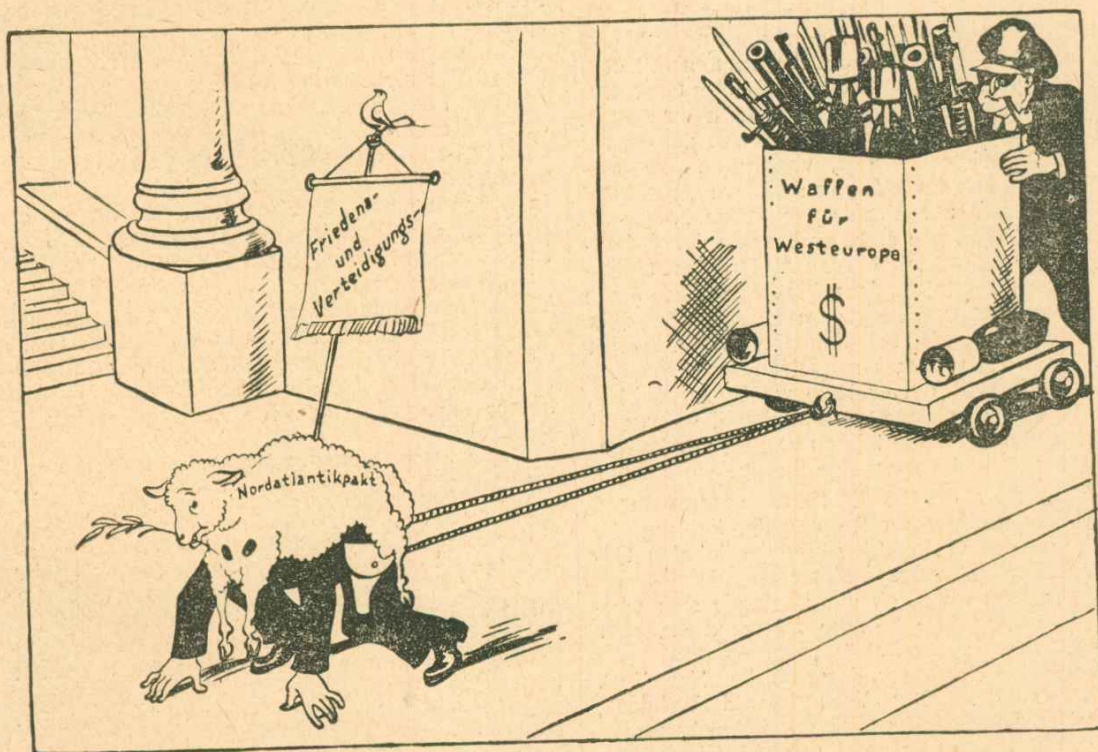
Vansittart hat sich schon in den Kriegsjahren mit seinen kannibalischen Appellen zur Vernichtung des deutschen Staates und des deutschen Volkes einen düsteren Ruhm erworben. Dieser dickschädlige angelsächsische Rassentheoretiker schrieb in seinem 1945 erschienenen Buch „Der Same der Zwietracht“ über die Deutschen: „Träumt man von einer ... auf Gerechtigkeit und Glück beruhenden Welt, so muß man sagen, daß die Welt ohne sie unbedingt besser wäre!“

Brabazon ist durch eine andere, nicht minder humanistische Formel bekannt: man möge Deutschland und die Sowjetunion in einem langen Kampf verbluten lassen, damit England beiden Staaten seine Bedingungen diktieren könne.

Die Herren Lords sind sich selbst treu geblieben. Sie fabrizieren im Auftrag der Reaktion verleumderische Falschdokumente und sind bereit, wiederum Samen der Zwietracht auszustreuen. Nach der Formel Brabazons möchten sie einen neuen Zusammenstoß zwischen dem deutschen Volke und den Völkern der Sowjetunion provozieren und dem englischen Imperialismus die vorteilhafte Rolle des Schiedsrichters gewährleisten.

Unter Berücksichtigung der Erfahrungen, die die Völker in den letzten Jahren erworben haben, kann man sagen, daß Vansittart und Brabazon eine Aufgabe übernommen haben, die ihre Kräfte übersteigt.

ZU DEN KONGRESSDEBATTEN



Eine kleine Ergänzung zum Atlantikpakt...

Zeichnung von BORIS JEFIMOW

BUSINESS UND PRESSE

Der Fall der Zeitung „Sentinel“, unlängst Gegenstand einer Gerichtsverhandlung in der Provinzstadt Flora, Staat Illinois, kann als beredte Illustration für jene Methoden dienen, mit deren Hilfe die amerikanischen Pfeffersäcke Zeitungen und Redakteure verfolgen, die sich erheben, aufzumucken.

Der „Sentinel“ besteht seit einigen Jahren. Kaum war diese Zeitung, die mit dem Kampf der Arbeiter um ihre Rechte sympathisiert, erschienen, so erklärten die einheimischen Kapitalisten dem Verleger und Chefredakteur der Zeitung, A. Crowder, den Krieg. Jeden Tag wurde er telefonisch von „Unbekannten“ bedroht. Die Geschäftsleute weigerten sich, in der Zeitung zu inserieren, und hofften, sie auf diese Weise abwürgen zu können. Aber die Zahl der Besteller unter den Arbeitern wuchs, die Zeitung erschien weiter, ihre Auflage wurde größer. Um seinen Fehlbetrag zu decken, nahm Crowder ein Bankdarlehen gegen Schuldschein auf.

Die wutentbrannten Unternehmer beschlossen, um jeden Preis mit der Zeitung aufzuräumen, und griffen zu einem für die amerikanischen Sitten typischen Trick. Ein Mitbesitzer der Erdölfirma Texas Oil Co. traf gemeinsam mit drei anderen Geschäftsleuten ein Abkommen mit dem Bankpräsidenten. Die Bank verkaufte Crowders Wechsel, ohne ihn davon in Kenntnis zu setzen, wie es ihre Pflicht gewesen wäre. In den Besitz des Schuldscheins gelangt, verlangten die Geschäftsleute von Crowder, er solle den „Sentinel“ der Erdölfirma zur Verfügung stellen...

Crowder weigerte sich. Er brachte der Öffentlichkeit die schmutzige Transaktion der Unternehmer zur Kenntnis und machte gegen diese einen Gerichtsprozeß anhängig. Im Dollarlande aber herrschen Zustände, bei denen Crowder selbst am Erfolg des von ihm angestrebten Prozesses zweifelt. Er erklärte, er habe wenig Aussichten, „den Fall zu gewinnen“, wenn ihm die Gewerkschaften nicht zu Hilfe kämen und die zur Begleichung der Schuld notwendige Summe sammelten.

Die Arbeiter der Stadt Flora veranstalteten eine Geldsammlung zur Rettung der Zeitung, die ihre Interessen verteidigt. Einer der lokalen Gewerkschaftsfunktionäre erklärte:

„Wir wissen nicht, ob wir instande sein werden, die notwendige Summe zu sammeln, aber wir werden es versuchen.“

Die größten Zeitungen, darunter die „New York Times“ und die „New York Herald Tribune“, übergehen den Fall Crowder mit Schweigen.

In den USA gibt es nicht wenig solcher Fälle. Man braucht sich z. B. nur an das Schicksal der

Zeitung „Times Record“ zu erinnern, die in Valley City, Staat Norddakota, erschien. Fabrikanten und Bankiers zwangen den Herausgeber und Chefredakteur dieser Zeitung, Matchan, „aus dem Geschäft auszuschneiden“, weil er „zu liberal“ war. Als der besiegte Matchan von der Zeitung Abschied nahm, erklärte er:

„Man kann in Amerika keine freie und ehrliche Zeitung herausgeben... Ein unabhängiger Verleger ist schon geliefert, bevor er sein Werk begonnen hat.“

Matchan konstatierte, daß die erdrückende Mehrheit der Presseorgane in den USA, rund 98 Prozent, reaktionär sind. Aber „big business“ will auch jene zwei Prozent von Zeitungen an sich reißen, die fortschrittliche Ansichten verfechten. Die schmutzige Mache der businessmen in Flora ist in dieser Hinsicht eine kennzeichnende Episode.

EIN EILDEMENTI

Pariser und Londoner Regierungskreise dementierten mit verdächtiger Hast eine Pressemeldung, der zufolge bei den jüngsten Verhandlungen zwischen Bevin und Schuman die französische Forderung nach Annexion des Saargebiets besprochen worden sein soll.

Ein Vertreter des Quai d'Orsay erklärte: Frankreich hatte niemals die Absicht, einen politischen Anschluß des Saargebiets an Frankreich zu fordern oder vorzubereiten.

Als Echo dieser Erklärung erschallte die Stimme des diplomatischen Berichterstatters der BBC von der anderen Seite des Ärmelkanals: das Dementi der französischen Regierung wird in Londoner amtlichen Kreisen begrüßt.

Unterdessen behauptete die Londoner „Sunday Times“ am 24. Juli unter Berufung auf „englische offizielle Persönlichkeiten“, in Wirklichkeit habe die französische Regierung die Absicht, „Frankreich das Saargebiet in vollem Umfang und auf immer einzuverleiben“. Die Zeitung schrieb:

„Die Franzosen treffen Vorbereitungen, um zuerst eine internationale Anerkennung des Saargebiets als eines ständig von Deutschland getrennten ‚unabhängigen Staates‘ zu erlangen und dann dieses Gebiet durch eine ‚spontane‘ Volksabstimmung zugunsten eines völligen Anschlusses an Frankreich diesem einzuverleiben.“

Die Zeitung „Daily Mail“ konstatierte, daß die USA, England und Frankreich in der Frage des Saarregimes immer gleiche Ansichten gehabt hätten.

Weswegen bedurfte es also jetzt eines so hastigen Dementis?

Die Handlungsweise der französischen Regierung, die zur Ausführung ihres Annexionsplanes

die Aufnahme der „Saarregierung“ in den Europäischen Rat vorgeschlagen hat, rief in Deutschland tiefe Empörung hervor. Die Schumacherclique verabsäumte es nicht, diesen Vorschlag auszuschlachten, und trat mit einem Protest hervor, um daraus politisches Kapital zu schlagen. Die Angelegenheit begann sich in einen Skandal auszuwachsen. Das kommt den englisch-amerikanischen Imperialisten sehr ungelegen, die gerade jetzt auf jede Weise bemüht sind, sich als Freunde der Deutschen auszugeben, um die Bildung des westdeutschen Separatstaates so schnell wie möglich zum formellen Abschluß zu bringen.

Deswegen mußten die englisch-französischen Anhänger einer weiteren Zergliederung Deutschlands vorläufig abblasen und das Dementi veröffentlicht. Aber selbstverständlich haben die französischen Imperialisten nicht die geringste Absicht, auf die geplante Aneignung der Saar zu verzichten.

VERSPÄTETE ENTDECKUNG DES LONDONER „ECONOMIST“

Die über England heraufziehende Wirtschaftskrise zwingt einige Geschäftskreise, eine Revision der Politik zu fordern, die den Handel mit der Sowjetunion und den Ländern der Volksdemokratie diskriminiert, einer Politik, die vor allem die britische Industrie und die britischen Finanzen schädigt. Diese Tatsache erregt den Zorn der Herren des Londoner „Economist“. Die Position dieser Zeitschrift ist unerschütterlich: lieber verstärkte Dollarknechtschaft als Erweiterung des Handels mit der Sowjetunion!

Am 23. Juli bekräftigte der „Economist“ diese Position wiederum, indem er sich heftig gegen den englisch-sowjetischen Handel aussprach. Auf der krampfhaften Suche nach irgendwelchen Argumenten machte die Redaktion des „Economist“ eine wahrlich erstaunliche Entdeckung. Sie stieß auf zwei besonders bössartige Wesenszüge der Sowjetpolitik, die ihrer Meinung nach den Handel mit der Sowjetunion unerwünscht machen. Der „Economist“ stellte triumphierend fest, daß die Sowjetorganisationen

- a) für Waren, die sie im Ausland kaufen, nicht mehr als ihren wirklichen Preis zahlen wollen;
- b) daß sie nur Waren kaufen, die sie brauchen.

Wie könne denn Großbritannien etwas mit einem solchen Kontrahenten zu tun haben — so schreckt der „Economist“ die Engländer —, wenn es dabei

„diese beiden Zwangsvorstellungen Moskaus berücksichtigen muß: den Wunsch, billig zu kaufen und nur solche Waren zu nehmen, die es tatsächlich benötigt“.

Man kann die Gereiztheit der Herren des „Economist“ leicht begreifen; sie leben noch ganz in der Erinnerung an die wunderbaren Zeiten, als England im Handel mit den Kolonien und den wirtschaftlich rückständigen Ländern Ost- und Südeuropas diesen zwangsweise jeden Kram andrehen konnte, und zwar zu horrenden Preisen. Aber diese Zeiten sind unwiderruflich vorbei, besonders soweit es sich um den Handel mit der Sowjetunion und den Ländern der Volksdemokratie handelt.

MINISTER SCELBA UND DIE ITALIENISCHEN LANDARBEITER

Der kürzliche Streik von 2 Millionen Landarbeitern hat ganz Italien auferüttelt. Mitgefühl und Beistand des Volkes waren ganz auf Seiten der Landarbeiter, die infolge der unerträglichen Arbeits- und Lebensbedingungen gezwungen waren, in den Streik zu treten.

Die Handlungsweise der reaktionären Gutsbesitzer, die sich 36 Tage lang den berechtigten Forderungen der Landarbeiter widersetzen, wurde auch von jenen italienischen Kreisen verurteilt, die sich gewöhnlich ohne weiteres auf die Seite der Unternehmer stellen. Selbst das Vatikanorgan „Il Quotidiano“, das gewohnt ist, die reaktionären Agrarier als Bewohner der himmlischen Gefilde zu schildern, selbst diese Zeitung war diesmal genötigt, den „Stumpfsinn und die Unmenschlichkeit“ der Agrarier zu konstatieren.

All dies machte auf Innenminister Scelba jedoch nicht den geringsten Eindruck. Am 27. Juli beantwortete er als Regierungssprecher im Senat mehrere Anfragen, die im Zusammenhang mit dem Streik eingelaufen waren, und schob die ganze Verantwortung für die Schädigung des „Staatseigentums“ auf die Arbeiter. Den Streik hungeriger Landarbeiter fälschte er in einen „Aufstandsversuch“ der „linken Strömungen“ um. Dabei brüstete Scelba sich der Heldentaten der Polizeitruppen, die die schutzlosen Arbeiter terrorisierten, und erklärte sogar, die Polizeistreikkräfte hätten ein Recht auf die Anerkennung des italienischen Volkes und des Parlaments!

Scelba ist gar nicht originell: er ist nicht der erste und auch nicht der letzte, der den Versuch macht, den Kampf der werktätigen Massen um Brot und um eine menschliche Existenz als eine „Meuterei“ und als einen Anschlag auf die Grundpfeiler der Gesellschaft hinzustellen. Aber diese Polizeipythia übertrifft in ihrem Zynismus ihre Kollegen aus den anderen marshallisierten Ländern. Selbst der Diplomhenker Jules Moch, der im vorigen Herbst Schießbefehl gegen streikende französische Bergarbeiter erließ, rechnete nicht mit der „Anerkennung des Volkes“.

Festtag im Polen des Volkes

(Brief aus Warschau)

W. JORDANSKI

DER 22. Juli war in allen polnischen Kalendern rot vermerkt. Dies ist der Geburtstag des demokratischen Polens. Am 22. Juli 1944 wurde in der von den hitlerfaschistischen Okkupanten befreiten Stadt Chelm das Manifest erlassen, in dem der Welt verkündet wurde, das polnische Volk nehme von nun ab sein Geschick fest in die eigenen Hände.

Fünf Jahre des Kampfes und Schaffens sind seither vergangen. Nachdem sie die volksfeindliche Reaktion zerschmettert haben, die davon träumte, das Rad der Geschichte rückwärts zu drehen, gestalten die Arbeiter, die Bauern und Geistesschaffenden ein neues Leben. In Warschau und Gdańsk, in Szczecin und Wrocław erstehen aus den Ruinen herrliche Bauten. Die Republik hat sich in Baugerüste gekleidet. Sie führt den Dreijahrplan zur Wiederherstellung der vom Krieg verheerten Wirtschaft zu Ende, um einen neuen, auf sechs Jahre berechneten Plan, ein grandioses Programm zum Aufbau der Grundlagen des Sozialismus in Polen, in Angriff zu nehmen. Das Volk hat ein großartiges Vorbild vor Augen, den Kampf und das Schaffen der Völker der Sowjetunion. Die Erfahrungen der Sowjetunion belehren die Erbauer des neuen Polens und führen sie voran. Ihre kameradschaftliche, brüderliche Hand stützt sie und hilft ihnen...

An dem Freudentag seines fünfjährigen Bestehens, am 22. Juli, legte das ganze Land Festschmuck an. Im Winde wehten weißrote Flaggen. Purpurne und grüne Tuchstreifen schmückten die Fassaden der Stadthäuser und die bescheidenen Eingänge der Bauernhöfen. Porträts, Spruchbänder, Plakate, Diagramme... Das Bild des Präsidenten der Republik ist neben demjenigen eines Maurers angebracht, der schneller und besser als alle anderen die Mauern einer neuen Arbeitersiedlung aufführte. Und überall Zahlen: über die Erfüllung des Plans, über das bereits Geschaffte, über das noch Beabsichtigte.

Am Vorabend des Volksfestes eilten aus allen Ecken und Enden Polens schnellfüßige Läufer, Sportler aus dem Polnischen Jugendverband, der Hauptstadt der Republik zu. Auf zehn Wegen trugen sie als Stafette Meldungen nach Warschau, die einen gemeinschaftlichen Bericht darüber ergaben, wie das freie Volk der Republik schafft,

lernt, ausruht und wie es seine Fähigkeiten entwickelt.

Jede Stadt, jedes Werk, jeder Landkreis hielt sein Geschenk zu diesem Festtag des ganzen Volkes bereit. Am schönsten aber beging ihn die Hauptstadt der Republik. Am 22. Juli wurde in Warschau eine neue große Verkehrsstraße, die sogenannte Trasse „W—Z“ (Wschód—Zachód = Ost—West), für den Verkehr freigegeben. Aus Praga, einem Vorort der Hauptstadt, führt sie breit und schnurgerade bis ans Ufer der Wisla. Über die neue Śląsko-Dąbrowski-Brücke schwingt sie sich über den Strom und nähert sich der Hügelkette, auf der sich der alttümliche Schloßplatz befindet. Hier schneidet die Straße in eine Bergwand hinein. Als weißer geräumiger Tunnel erreicht sie die andere Seite des Schloßplatzes und setzt ebenso frei ihren Lauf nach Westen, in die Arbeiterviertel der Hauptstadt fort. Neben dem Tunnelbogen ist eine Halle. Von dort her hört man das gleichmäßige Surren von Rolltreppen. In drei Bändern bringen sie den nie versiegenden Strom der Fußgänger aus dem Erdinnern heraus.

Nur ungern reißt man den Blick von dem schönen architektonischen Gesamtbild los, das der Mittelpunkt der Trasse „W—Z“ bietet. Neben den Eingängen des Tunnels führen Granittreppen und schmucke Rasenflächen hinauf. Die Steinbalustrade des Schloßplatzes und die bizarren Konturen der auf dem Berg über dem Tunnel wiederhergestellten Häuser; eine alte Kirche, ein Denkmal verflorener Jahrhunderte, das am Rande der neuen Trasse instand gesetzt worden ist, und schließlich der weitläufige Platz und die Gäßchen von Mariensztat, einem Viertel mit eigenartiger Architektur, das neu erbaut wurde und an die Trasse grenzt — das alles verschmilzt zu einem einzigen bezaubernden Bild.

Die Trasse „W—Z“ drang in die Ruinen Warschaus vor wie seine Zukunft. Freie Weite, Klarheit der Linienführung betonen den Hauptgedanken: die Sorge für die Bequemlichkeit des Menschen und für die Schönheit der zu neuem Leben erwachten Hauptstadt.

Die Bauleute, die die Trasse geschaffen haben, hatten nicht wenig zu leisten, und sie hatten es

nicht leicht. Hiervon zeugen die Zahlen: die Straße ist 6,5 km lang und 21 m breit. Der Tunnel mißt 196 m. Um die Straße zu bauen, mußten 50 000 Waggons Trümmer entfernt, es mußten 384 000 cbm Erde ausgehoben, 40 000 cbm Beton und Eisenbeton gelegt und eine Fläche von 165 000 qm mußte gepflastert werden... Alle diese Arbeiten wurden in weniger als zwei Jahren bewältigt.

Die Schaffung der Trasse war nicht nur eine Arbeitsgroßtat. Sie war zugleich auch eine ausgezeichnete Arbeitsschule, eine Schule für neue Kräfte, die geschickt, kenntnisreich, einträchtig und fähig sind, auf diese Weise der ganzen Hauptstadt und dem ganzen Land eine neue Gestalt zu geben.

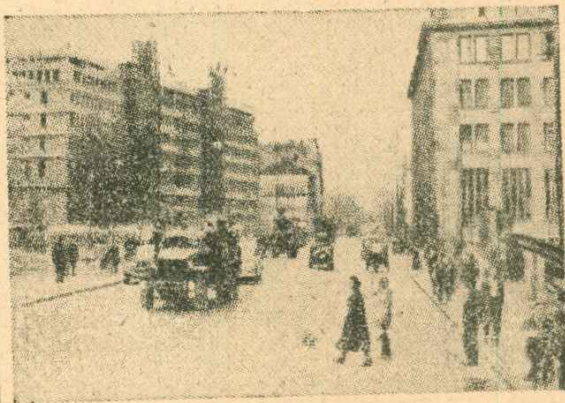
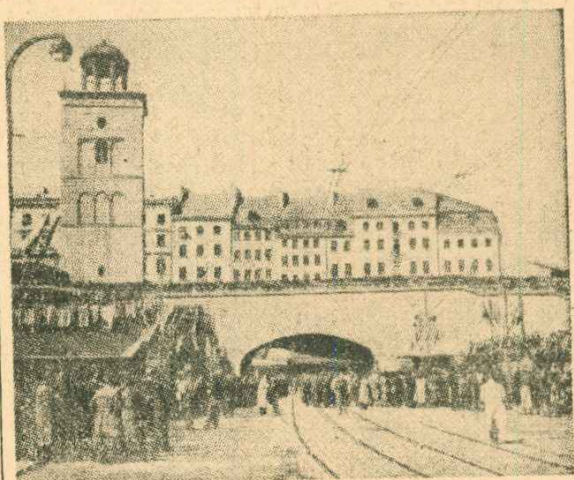
Sah man die frohen Gesichter in der Demonstration, die schon über eine Stunde an der Regierungstribüne vorbei die neue Trasse entlang zog, hörte man die begeisterten Rufe: „Es lebe Genosse Stalin!“, „Es lebe Genosse Bierut!“, so überzeugte man sich nochmals, daß es auf der Welt keine Berge gibt, durch die sich solche Menschen nicht hindurcharbeiten würden!

Die neue Trasse, ein Schmuck der Hauptstadt, wurde vom ganzen Lande gebaut. In den Reihen der Demonstranten marschierten schlesische Bergarbeiter in schwarzen Jacken und Mützen, über denen Federbüsche im Gleichtakt der Schritte wippten. Es marschierten Bäuerinnen in buntgestickten Volkstrachten, Einwohner von Gebirgsdörfern aus dem Süden des Landes und Pomoraner aus dem Norden, von der Ostsee... Das waren Delegierte zum Kongreß der Wiederherstellung Warschaws, der an den Festtagen in der Hauptstadt stattfand.

Großartige Perspektiven eröffnet der Sechsjahresplan dem Lande für die Fortentwicklung seiner Wirtschaft. In diesen Jahren wird auch das heroische Warschau endgültig aus den Ruinen erstehen. Es wird noch schöner und herrlicher sein als es früher war. Hiervon zeugt schon heutzutage die Trasse der Zukunft, die Trasse „W-Z“...

Auf ihrem Kongreß bestellten die Abgesandten aus der ganzen Republik, was man ihnen in der Hauptstadt auszurichten aufgetragen hatte:

„Wir werden in unseren Bemühungen nicht nachlassen und in unserer Hilfe an Warschau nicht ermüden. Die Werktätigen der Woiwodschaft Śląsk-Dąbrowa werden in den sechs Jahren für die Wiederherstellung der Hauptstadt 2,4 Milliarden Złoty zur Verfügung stellen, die von Nizszy Śląsk 1,5 Milliarden, von Pomorze 1 Milliarde, von Kraków 1 Milliarde...“



Unsere Bilder (von oben nach unten): 1. Teilansicht der Warschauer Demonstration vom 22. Juli 1949, dem Fünfjahrestag der Volksdemokratischen Republik. 2. Blick auf die Trasse „W-Z“. 3. Ein wiederhergestelltes Haus an der Ecke der Straßen Nowy Świat und Krakowskie Przedmieście.

...Neue Straßenbahnen fahren klingelnd die neue Strecke entlang, als seien sie stets hier durch den Berg hindurchgefahren. Oben aber, auf dem Schloßplatz und dem Krakowskie Przedmieście, sieht man überall Mengen froher, lebhafter Menschen. Wieder blickt der in Gedanken versunkene Kopernikus auf die Warschauer herunter, die frohlocken. Wieder hat er auf seinem Postament

auf dem Krakowskie Przedmieście Platz genommen vor dem neuen, in frischem Putz glänzenden Gebäude mit den schönen weißen Säulen...

Die Denkmäler der alten Zeit und die Bauten der Zukunft — gemeinsam erstehen sie auf den Brandstätten. Die junge Volksrepublik blickt bei diesem Fest auf ihr fünfjähriges Bestehen zurück und strebt kühn weiter vorwärts.

Ein Staat, den es nicht gibt

(Notizen eines Journalisten)

A. KASSATKIN

ZWISCHEN dem Haag und Brüssel liegen 150 Kilometer Eisenbahnstrecke, etwas weniger als zwischen Brüssel und Luxemburg. Steigt man morgens auf dem kleinen bequemen Bahnhof des Haag in den Zug, so kommt man nach 3—4 Stunden auf dem Brüsseler Bahnhof an. Am Abend des gleichen Tages kann man im Auto oder mit dem Zug Luxemburg erreichen.

Trotz der geringen Abstände wechselt die Landschaft und die Situation sehr stark. An die Stelle der typischen Windmühlen der holländischen Dörfer treten die gotischen Bauten der alten belgischen Städtchen, an Stelle der Küstendämme und Kanäle des holländischen Flachlands tauchen die waldbestandenen Hänge der Ardennen auf.

Drei Hauptstädte an einem Tag: die stille Beamtenstadt des Haag, das lärmende, lebensprühende Brüssel und das ordentliche, ganz in Grün gebettete Luxemburg mit den Bastionen alter Forts. Drei verschiedene Länder: Holland, Belgien, Luxemburg. Drei Völker — ein jedes mit seiner Geschichte, ein jedes mit seiner Kultur.

Dennoch versucht man diese drei Länder mit einem Namen zu nennen — Benelux. Diese neueste Wortbildung des westeuropäischen politischen Jargons wird dem belgischen, holländischen und luxemburgischen Leser nachdrücklich von den Zeitungen aufgedrängt. Für Benelux wird in Westeuropa nicht weniger Reklame gemacht als für irgendein amerikanisches Patentpräparat. Die amerikanisierte Presse preist Benelux als eine Art Wundermittel gegen alle wirtschaftlichen und politischen Gebrechen Westeuropas an. Die Blätter

bemühen sich, die Namen Belgien, Holland und Luxemburg möglichst selten zu erwähnen und ersetzen sie durch das kabbalistische Benelux. „Beneluxminister im Haag zusammengetreten!“ — „Beneluxvertreter nach London eingeladen!“ — „Benelux für den Atlantikpakt!“ schmettern die Schlagzeilen. So sucht man den Eindruck zu erwecken, als gebe es an den Ufern der Schelde, der Maas und der Alzette nicht mehr drei einzelne Staaten, sondern ein neues Staatengebilde — Benelux. Aber auf den Ebenen Belgiens, in den Wäldern Luxemburgs oder in Holland ist selbst bei Tag mit der Laterne dieses Benelux nicht zu entdecken. Es existiert, wie sich herausstellt, nur in den Spalten der amerikanisierten Presse.

Die ruhmlose Geschichte dieses nichtexistierenden Staates bildet eine interessante Episode im politischen Leben des heutigen Westeuropas.

* * *

Der Grundstein zu Benelux wurde 1944 gelegt. Das war in jenen Tagen, als die Residenzen der Regierungen Hollands, Belgiens und Luxemburgs nicht hunderte Kilometer auseinanderlagen, sondern nur zwei, drei Londoner Häuserblocks. In jenen Tagen, als die drei Exilregierungen unmittelbar von den englischen und amerikanischen Diplomaten und Generalen gefüttert wurden, entstand das Projekt des Zusammenschlusses der drei kleinen Länder zu einem interstaatlichen Gebilde mit dem Namen Benelux, nach den ersten Silben der Worte Belgien, Nederlande, Luxemburg.

Die Initiatoren des Zusammenschlusses malten verlockende Perspektiven aus. Holland, so sagten sie, sei ein Agrarland, das Absatzmärkte für seine Erzeugnisse brauche; gleichzeitig brauche es Eisen für die Industrie; andererseits brauchten Belgien und Luxemburg holländische Meiereiprodukte und Gemüse sowie einen Absatzmarkt für Eisen. Durch Aufhebung der Zolltarife und Anbahnung eines ungehemmten Handels könnten diese Länder ein harmonisches wirtschaftliches Ganzes bilden. Zugleich würde dadurch ganz Westeuropa ein „kühnes Vorbild“ gegeben, wie die wirtschaftliche Zusammenarbeit in die Wege geleitet und die veralteten Zollschranken, die den amerikanischen Geschäftemachern so sehr im Wege stehen, beseitigt werden könnten. Den ehrgeizigen belgischen, holländischen und luxemburgischen Politikern schwebte bereits vor, daß Benelux sich in einen „mächtigen politischen Kraftfaktor“ auf dem Kontinent verwandelt.

Am 5. September 1944 wurde zwischen den drei Regierungen in London ein Zollabkommen getroffen. Nach Vereinheitlichung der Zolltarife beabsichtigte man die Zollgesetzgebung zu unifizieren und darauf überhaupt jegliche Zollgrenzen abzuschaffen. Weiterhin sollte die Währungskontrolle, die Warenkontingentierung im Außenhandel usw. abgeschafft werden. Es wurden sogar Ideen über die Bildung gewisser Körperschaften zur Koordinierung der Außenpolitik aller drei Staaten vorgebracht.

Alle diese Projekte und Pläne ereilte ein klägliches Geschick, sobald man von Worten zur Tat überging. Die wirtschaftlichen Maßnahmen blieben in den zahlreichen Ausschüssen, Komitees und Unterkomitees stecken, die zur Erfüllung der Londoner Beschlüsse geschaffen worden waren. Nur die politische Seite wurde entwickelt. In Brüssel entstand ein Generalsekretariat der Zollunion der drei Länder. Rasch erschienen alle möglichen Körperschaften auf der Bildfläche, die die Aktionen der reaktionären politischen Parteien und Organisationen zu koordinieren haben. So wurde im April v. J. ein Abkommen zwischen den katholischen Parteien der drei Länder und im Mai desselben Jahres ein Abkommen über den Kontakt der katholischen Gewerkschaften geschlossen.

In der internationalen Arena wurden die Regierungen der drei Länder völlig „gleichgeschaltet“. Ihre hohen amerikanischen und englischen Gönner begannen mit ihnen nur in Bausch und Bogen zu verkehren. Das ganze Dreigespann wurde samt und sonders in die Westliche Union einbezogen sowie zur Londoner Separatkonferenz über die deutsche Frage eingeladen, allen drei Ländern zusammen wurde ein Teil der westlichen Grenzgebiete Deutschlands abgetreten usw.

Indessen rückte die Frage des Wirtschaftsbündnisses der drei Länder immer mehr in den Hintergrund. Hierfür bestanden gewichtige Gründe.

* * *

Schon in den ersten Nachkriegsjahren konnte ein Neuankömmling in Belgien und Holland nicht umhin, den Unterschied in der wirtschaftlichen Lage beider Länder zu bemerken. Belebte Straßen, Läden voller Lebensmittel und anderer Waren in den belgischen Städten. Schlangen vor den Läden und kärgliche Rationen in Holland.

Belgien war aus dem Krieg ohne erhebliche Verluste hervorgegangen. Seine Industrie hatte intensiv für die Hitlerokkupanten gearbeitet, mit denen die belgischen Großunternehmer gern gemeinsame Sache machten. Die größten Monopole — Société Générale, Brufina, Solvay — bereicherten sich ebenso wie früher. Im Jahre 1943 machten die Gewinne der belgischen Kapitalisten 2,3 Milliarden Frank aus. Als die deutsche Armee abzog, erlitt die Wirtschaft des Landes einen unbedeutenden Schaden. Heil und unversehrt blieb der große Antwerpener Hafen, der vor der Ankunft der englischen Truppen durch belgische Partisanenabteilungen befreit worden war, unter denen sich viele sowjetische Kriegsgefangene befanden hatten.

Antwerpen wurde zum Haupthafen für die Versorgung der englischen und amerikanischen Truppen in Europa. Für die belgische Wirtschaft hatte das bedeutende Folgen. Am Güterumschlag, am Gütertransport, an der Speicherung und anderen Dienstleistungen verdienten die belgischen Firmen im letzten Kriegsjahr rund eine Milliarde Dollar.

Belgien war das einzige Land Westeuropas, das mit einem gesteigerten Goldvorrat aus dem Kriege hervorging. Es war zum Gläubiger Englands, Frankreichs und Hollands geworden, die ihm 228 Millionen Dollar schulden. Die große Nachkriegsnachfrage förderte die Entwicklung der metallarbeitenden Industrie Belgiens sowie des luxemburgischen Hüttenwesens, das den Rekordstand von 1929 erreichte.

Eine andere Situation ergab sich in Holland: verhältnismäßig starke Zerstörungen, der Verlust wichtiger Absatzmärkte, namentlich des deutschen, Schwächung der einstmaligen mächtigen Handelsflotte. Hinzu kommt der Kolonialkrieg in Indonesien. Die Militärausgaben im Vorjahre stiegen auf 18 Prozent des Staatshaushalts gegenüber 5,3 Prozent im Jahre 1938. Hollands Landwirtschaft hat keine Absatzmärkte gefunden.

Ein solcher Unterschied in der wirtschaftlichen Lage der Beneluxländer störte erheblich die Idylle der Zusammenarbeit.

Die holländischen Geschäftskreise gerieten über die Vorschläge, die Schutzzölle zu senken, in Harnisch, da sie nicht ohne Grund befürchteten, die billigeren belgischen Waren würden den einheimischen eine gefährliche Konkurrenz bieten. Die Industriellen Belgiens blieben auch nichts schuldig und protestierten ihrerseits gegen die Aufhebung der Zollbeschränkungen für holländische Waren.

Schon 1947 konnte man in den Straßen Brüssels ein Plakat mit folgender vielsagender Aufschrift sehen:

„Benelux ist gut, aber rettet das belgische Bier!“

Dies Plakat spiegelte eine Episode aus dem Kampf zwischen den holländischen und den belgischen Industriellen wider. Die holländischen Bierbrauereien stellen hochwertiges Bier in großer Menge her. Es wird nach Belgien exportiert und dort billiger als das einheimische Bier verkauft. Die Absicht, die hohen Einfuhrzölle für holländisches Bier aufzuheben, rief unter den belgischen Bierbauern einen Entrüstungsturm hervor. Eine Wirtschaftskonferenz der Benelux-Länder, die Anfang vorigen Jahres stattfand, konnte sich über die Vereinheitlichung der Zolltarife für Bier nicht verständigen. Das gleiche Geschick ereilte die Zölle für geistige Getränke, Zucker und Brennstoff. Wenn es aber nicht gelang, sich über die Abschaffung der Zollbeschränkungen für den Handel mit derlei Waren zu einigen, so konnte von den Massenerzeugnissen der Industrie und der Landwirtschaft erst recht keine Rede sein!

Nehmen wir z. B. die verlockenden Pläne, holländisches Gemüse und Obst nach Belgien zu liefern. Beides bildet wie stets einen bedeutenden Teil des gegenseitigen Warenaustausches. Aber die belgischen Händler mit landwirtschaftlichen Produkten wünschen keineswegs, die Lebensmittelversorgung des Landes gänzlich den holländischen Exporteuren zu überlassen. Die Organisation der flämischen Landwirte in Belgien — der sogenannte Boerenbond — protestierte heftig gegen die holländische Konkurrenz.

Als undurchführbar erwies sich auch der Plan, Holland auf völlige Belieferung mit Erzeugnissen der belgischen Stahlgießereien umzustellen. Die holländischen Hüttengesellschaften wünschen nicht, ihre Positionen aufzugeben, und erweitern mit Nachdruck die Roheisen- und Stahlindustrie in Ijmuiden, was in Belgien Unzufriedenheit hervorruft. Die holländischen Textilfabrikanten schützen sich vor dem Zustrom der Waren ihrer belgischen Kollegen usw.

Die finanzielle Seite der holländisch-belgischen Zusammenarbeit bietet ein ebenso unerfreuliches Bild. Der offizielle Wechselkurs des

holländischen Guldens beträgt 16 belgische Frank. Auf dem Schwarzen Markt aber, der empfindlich auf die Schwäche der holländischen Währung reagiert, gibt man für einen Gulden nur 8 Frank. Im Falle einer Abschaffung der Zollgrenze würde der Wechselkurs frei werden. Das bedeutet, daß sich dann der Kurs von 1 : 8 durchsetzen würde, was für die holländischen Geschäftsleute natürlich unvorteilhaft wäre.

Die Geschäftskreise beider Länder wollen nicht Benelux zuliebe ihre Gewinne aufgeben.

Eine kennzeichnende Zwistigkeit ist zwischen den Hafenfirmen Antwerpens und Rotterdams ausgebrochen. Als eine „Koordinierung“ der Tätigkeit dieser beiden wichtigsten Häfen Belgiens und Hollands zur Sprache kam, widersetzten sich die belgischen Hafenfirmen schroff einer jeden Einschränkung der Vorrechte Antwerpens und den Versuchen, dieses von Rotterdam abhängig zu machen. In der Antwerpener Handelskammer erklärte deren Vorsitzender, Frédéric Osterth:

„Wir sind uns sehr wohl darüber im klaren, was die Idee ‚Benelux‘ bedeutet, und sind folglich gern zu Opfern um seinetwillen bereit. Das muß aber seine Grenzen haben, und es kommt eine Zeit, wo man ins Auge zu fassen haben wird, ob das Bestehen von Benelux noch gerechtfertigt ist...“

Unter diesen Umständen ist es nicht verwunderlich, daß die wiederholten Beratungen der Regierungen der drei Länder in den Jahren 1947 bis 1949 zu keinerlei positiven Resultaten geführt haben. Im März d. J. traten die Minister von Benelux erneut im Haag zusammen. Das einzige Ergebnis dieser stark beschickten Beratung war ein neuer Beschluß, den Abschluß des Wirtschaftsbündnisses vom 1. Januar 1950 auf den 1. Juli des gleichen Jahres zu vertagen. Der Termin für die Vereinheitlichung der Zolltarife wurde auf den 1. Juli d. J. festgelegt, aber nach der Beratung meldete die Presse, eine Ausführung dieses Beschlusses sei nicht zu erwarten.

• • •

Somit ist in den beinahe fünf Jahren, die seit der feierlichen Ausrufung von Benelux vergangen sind, die Ausführung dieser Idee um keinen Schritt vorwärtsgekommen. Im Laufe der Zeit treten die Berechnungen immer klarer zutage, von denen sich die Politiker leiten ließen, die 1944 in London die Schaffung von Benelux verkündeten. Die Unterschiede und Gegensätze in der Wirtschaft Belgiens, Hollands und Luxemburgs sind sehr tiefliegend. Aber alle drei Länder haben eins gemein: das Eindringen des amerikanischen Kapitals und die Festigung der Positionen der transatlantischen Monopole.

Auf den Straßen der holländischen Städte trifft man sonderbare Gestalten: junge Männer in Anzügen aus dem gestreuten, gestreiften Fahnen-
tuch der USA. Das ist Reklame für den Marshall-
plan. Seine bitteren Früchte heimsen jetzt die
Beneluxländer ein.

Wenden wir uns Belgien zu. Dieses industriell
entwickelte Land ist aus einem Lieferanten von
Industriewaren für Europa zu einem Absatzmarkt
für amerikanische Ladenhüter geworden. Es er-
hält aus den USA Zigaretten, Schuhe, Konfektion,
Strümpfe und selbstverständlich Kaugummi.
Gleichzeitig werden die belgischen Waren durch
die amerikanischen Monopole von den Märkten
Frankreichs, Hollands und Luxemburgs verdrängt.
Der Export von Metallwaren, der stets einen der
wichtigsten Posten in der belgischen Ausfuhr bil-
dete, erreicht heute nur 45 Prozent seines Vor-
kriegsstandes. Erschwert ist der Absatz von Kohle
und Koks. Dabei haben die USA-Monopole eine
bedeutende Menge von Kohlen, noch dazu minder-
wertiger Qualität (50 Prozent Aschengehalt),
nach Belgien eingeführt.

Die Belgien gewährten Marshallplankredite
werden, nach Anweisung der amerikanischen Kon-
trollure für strategische Bauten — Erweiterung
von Hafenanlagen, Bau von Flugplätzen, Re-
konstruktion der Eisenbahnen und Rollbahnen —
verwandt. Die bei der belgischen Nationalbank
gegründete Nationalgesellschaft für Industrie-
kredite kann nicht selbständig über die Be-
stimmung der Kredite entscheiden, ihr sind zwei
amerikanische „Ratgeber“ beigeordnet, die über
die Verteilung der Geldmittel zu verfügen haben.
Die Lage in der belgischen Industrie wird am
allerbesten dadurch gekennzeichnet, daß es in die-
sem Land mit seinen 8 Millionen Einwohnern be-
reits 300 000 Arbeitslose gibt.

Die Marshallisierung Hollands hat noch schwe-
rere Folgen als die Belgiens, besonders für die
Landwirtschaft, die die Absatzmärkte verloren
hat. Die Einfuhr holländischen Gemüses nach
Westdeutschland ist verboten, und hunderttau-
sende Tonnen Tomaten, Gurken und Kartoffeln
faulen in den Lagerhäusern. In den Jahren 1945
und 1946 stellten die englischen Importeure mit-
ten in der Gemüseernte die Gemüse-einfuhr nach
England ein. Eine Unmenge Gemüse verdarb, die
holländischen Kaufleute waren gezwungen, die
Preise zu senken, und erlitten Verluste...

Die USA-Monopole hindern die Entwicklung
des holländischen Schiffbaus und ziehen es vor,
ihre alten Schiffe an Holland zu verkaufen. Ame-
rikanische Firmen verweigern die Lieferung von
hochwertigem Stahl sowie von Ausrüstungen für
Schiffswerften. Von der Gesamtsumme, die Hol-
land laut Marshallplan erhalten hat, entfallen nur

5 Prozent auf Maschinen und Ausrüstungs-
gegenstände.

Zugleich investieren amerikanische Firmen be-
deutende Kapitalien im Bau neuer Betriebe in
Holland, so des Automontagewerks Kaizer-
Frazer in Rotterdam, der Werke für Armaturen
und Geräte der Firma Chicago Crane Company,
der Autoreifenwerke der Gesellschaft Dutch-Ame-
rican Tire Factories (eine Filiale des Goodrich-
Konzerns). Vor kurzem wurde eine gemischte
holländisch-amerikanische Gesellschaft zur Erzeu-
gung von Signalanlagen für das Verkehrswesen
gegründet. Daran beteiligt ist das amerikanische
Monopol General Railway Signal Company. Der
amerikanische Konzern Rheem Manufacturing
Company gründete eine neue amerikanisch-hol-
ländische Firma zur Herstellung von Verpackung
für die chemische Industrie und die Erdölindustrie.

Amerikanische Geschäftemacher haben die
Beneluxidee dazu benutzt, die Wirtschaft dreier
Länder gleich auf einmal einzusacken. Während
sich die belgischen und die holländischen Kapita-
listen miteinander raufen, sind die USA-Mono-
pole nicht müßig. So z. B. lenken die englisch-
amerikanischen Behörden in Westdeutschland, so-
lange man sich über die Rolle Antwerpens und
Rotterdams streitet, den Güterstrom über Bre-
men und Hamburg. Statt des platonischen
Traums von einem harmonischen Austausch von
Gemüse und Stahl zwischen Holland und Bel-
gien stellen die amerikanischen Monopolherren
beide Länder vor eine vollendete Tatsache und
zwingen sowohl das eine als auch das andere,
amerikanisches Dörrgemüse und amerikanisches
Metall zu kaufen. Im Endresultat kommt das
ganze Getue um die Aufhebung der Zollgrenzen
lediglich den amerikanischen Exporteuren zugute,
die schon lange eine Aufhebung der Zollgrenzen
und sonstigen Grenzen für ihr uneingeschränktes
Vordringen in der Wirtschaft der westeuropä-
ischen Länder fordern.

So nebenbei lösen die amerikanischen Politiker
auch das ihnen sehr wichtige Problem der Vorbe-
reitung eines strategischen Aufmarschgebiets in
diesen Ländern für eine Aggression. Unter eng-
lisch-amerikanischer Leitung finden zwischen
den Generalstäben Belgiens und Hollands unauf-
hörlich Beratungen statt. Holländische Stabs-
offiziere besuchen belgische Militärlager und
wohnen belgischen Manövern bei. Vertreter der
belgischen Armee kommen nach Holland. All das
geschieht unter der obersten englisch-amerika-
nischen Gönnerschaft. In Brüssel und im Haag
läßt sich der Oberbefehlshaber der Truppen der
Westlichen Union, Feldmarschall Montgomery,
sehr häufig sehen.

Die Propaganda für den Militarismus ist sehr auffallend. Die Straßen der belgischen Städte sind bunt von Reklameplakaten, auf denen ein junger Bursche mit Helm und in der Uniform der Kolonialtruppen abgebildet ist, der ruft „Machen Sie in der Armee Karriere!“ Und darunter der Hinweis: „Sämtliche Auskünfte sind in der Prinz-Baudouin-Kaserne, Dailly-Platz, Brüssel, zu haben.“ Selbst Luxemburg, das vor dem Krieg nur eine Kompanie Soldaten hatte, erweitert jetzt seine „Armee“.

Kürzlich erschien in einer demokratischen Zeitung Belgiens folgende Karikatur: eine schwere Walze mit der Aufschrift „Marshallplan, Benelux“ hat zwei ausgemergelte Arbeiter, einen belgischen und einen holländischen, zur Hälfte niedergewalzt, daneben aber steht grinsend ein amerikanischer Busineßmann.

Das Beneluxunternehmen hat den Völkern der drei Länder nichts Gutes gebracht. Lange Zeit betrog man sie mit Fabeln von den paradiesischen Tagen der „wirtschaftlichen Zusammenarbeit“. Beim Lärm dieses Geredes wurden Belgien,

Holland und Luxemburg in aller Stille in aggressive Blocks einbezogen. Jetzt, wo die Praxis den Beneluxbluff enthüllt, ist der Sinn dieses Unternehmens als einer großangelegten politischen Erpressung noch augenfälliger geworden, einer Erpressung mit dem Ziel der wirtschaftlichen und politischen Versklavung der drei Länder, ihrer Umwandlung in ein Arsenal und Aufmarschgebiet des Westblocks.

Die amerikanischen und die englischen Diplomaten benutzen die Beneluxidee als Scheidemünze in ihren politischen Kombinationen. Den einfachen Menschen in allen drei Ländern sind diese Kombinationen fremd. In Amsterdam sagte uns einmal ein älterer holländischer Arbeiter:

„Das ganze Getue mit Benelux sieht mir nach einer Balgerei von Schoßhunden aus, die ein und derselbe Besitzer an der Kette hält. Uns macht dieses Schauspiel nicht das geringste Vergnügen...“

Amsterdam—Brüssel,

im Juli 1949

KRITIK UND BIBLIOGRAPHIE

Eine Biographie Clement Attlees

A. LEONIDOW

IN ENGLAND ist in den letzten Jahren eine ganze Serie von Büchern über leitende Persönlichkeiten der Labourregierung erschienen. Anscheinend hält es jetzt jeder Labourführer für seine Pflicht, sich rechtzeitig einen Hofbiographen anzuschaffen. Im Jahre 1947 erschien ein Buch über Ernest Bevin, verfaßt von seinem Presseagenten Trevor Evans. Später wurde ein Buch des früheren Chefredakteurs des „Daily Herald“, Francis Williams, über die Führer der Labourpartei herausgegeben. Vor kurzem wurde eine Biographie Clement Attlees herausgebracht. Ihr Verfasser ist ein Sohn des früheren parlamentarischen Privatsekretärs Attlees, der Labourist Roy Jenkins. Kurz nach Erscheinen dieses Buches wurde Jenkins bei Ersatzwahlen ein Sitz im Unterhaus zugeschanzt.

„Mr. Attlee. An Interim Biography.“ by Roy Jenkins. William Heinemann Ltd., Melbourne-London-Toronto, 1948.

Jenkins' Buch kann nicht als politische Studie bezeichnet werden, es ist nicht einmal eine „literarische Biographie“ vom Schlage jener vulgarierten, pseudopopulären Lebensbeschreibungen, die im Westen Mode geworden sind. Eigentlich ist es eine in amtlichem Auftrag abgefaßte, trockene chronologische Übersicht über die Karriere des Labourpremiers. Der Verfasser macht kein Hehl aus der „Unterstützung“, die ihm Attlee selber bei der Abfassung des Buches erwies.

Jenkins läßt wesentliche Momente aus Attlees Tätigkeit in den Vorkriegsjahren unerwähnt. Er übergeht die wichtigsten Probleme jener Zeitspanne mit Schweigen und überladet seine Schilderung mit unwesentlichen Einzelheiten. Die auf historischer und sozialer Analyse fußende Methode ersetzt er durch die Kniffe eines gerissenen Zeitungsreporters, schminkt seinen Helden auf jede Weise zurecht und läßt zur gleichen Zeit Wesenszüge verschwinden, die Attlees Persönlich-

keit ausmachen. Jenkins unternimmt in seinem ganzen Buch nicht einmal den Versuch, die Frage zu beantworten, die jeden denkenden Leser vor allem interessiert, nämlich: wie kam Attlee an die Spitze der Labourpartei, wie wurde er zum unmittelbaren Nachfolger Ramsay MacDonalds? Welche Kräfte, wessen Einfluß verschafften ihm diesen Posten?

Attlees Persönlichkeit wird in England verschieden bewertet. Die meisten Verfasser, die über Attlee schrieben, stimmen jedoch unabhängig von ihren politischen Anschauungen darin überein, daß sein hervorstechendster Charakterzug Charakterlosigkeit und seine auffallendste Eigenschaft Farblosigkeit ist. Es wäre hinzuzufügen, daß Attlee über keine jener Eigenschaften verfügt, die Staatsmänner in bürgerlichen Ländern gewöhnlich auszeichnen. Er ist kein geschickter politischer businessman wie Bevin, kein fähiger Kanzlist und Organisator wie Morrison, kein belebender Kasuistiker und Theoretiker wie Laski und nicht einmal ein beredter Demagoge und Agitator, wie es MacDonald war.

Unter allen Führern des englischen Reformismus ist Attlee zweifellos die farbloseste und unbedeutendste Gestalt. Aber gerade aus seiner Durchschnittlichkeit, seiner politischen Verschwommenheit und Blutlosigkeit im Verein mit seinem Haß gegen die revolutionäre proletarische Bewegung leiten sich die sozialen Wurzeln der Karriere des Hauptes der Labourpartei her.

Attlee ist ein typischer Vertreter der mittleren englischen Bourgeoisie, jener Klasse, die einigen Publizisten zufolge bei den sozialen Erschütterungen der letzten Jahrzehnte „ihr Gesicht verloren hat“. Die ganze politische Gestalt Attlees, sein Ideenkreis sowie seine Rolle in der Labourbewegung werden vor allem durch dieses Klassenmerkmal bestimmt. Er ist aus den Reihen der mittleren Bourgeoisie hervorgegangen, hat zusammen mit ihr eine gewisse politische Evolution durchgemacht und ist ihr und ihrer politischen Ideologie bis auf den heutigen Tag treu geblieben.

Jede politische Aktion Attlees, jede seiner Äußerungen, all seine Reden und Bücher sind von dem Geist der mittleren Bourgeoisie, von ihrer Weltanschauung und ihren materiellen Interessen durchdrungen. Attlee hat nie die Grenzen verlassen, die ihm seine Klasse gesteckt hat, er hat sich niemals über das geistige Niveau des wohlhabenden englischen Spießbürgertums erhoben. Das ist die wichtigste Erklärung seiner Erfolge auf dem Schauplatz der englischen Politik und der Hauptgrund für seinen Aufstieg in der Labourpartei.

Attlee wurde 1883, in der Blütezeit des englischen Imperialismus, geboren; er entstammt der Familie eines wohlhabenden Londoner Anwalts,

des Seniorteilhabers einer Rechtsanwaltsfirma in der City und Präsidenten der Londoner Juristenvereinigung. Zu jener Zeit nahm der Anwaltsstand in England noch eine besondere Stellung ein, da er faktisch eine Art Anhängsel des Handels- und Industriekapitals bildete. Die prominentesten Rechtsbeistände von Handelsfirmen und wohlhabenden Geschäftsleuten waren eine abgesonderte, privilegierte Kaste, eine Stütze des traditionellen Regimes: der Monarchie, der Armee, der Kirche und der City.

Die Familie Attlee war streng patriarchalisch; sie setzte sich aus Kaufleuten, Offizieren und kleineren Industriellen zusammen. Das Milieu, in dem der künftige labouristische Premierminister aufwuchs, hatte sehr viel gemeinsam mit dem Milieu der Forsytes, jener Familie, die in dem bekannten Roman von John Galsworthy die Mittelschicht der englischen Bourgeoisie verkörpert. Attlees Vater besaß ein Haus in einem noblen bürgerlichen Stadtbezirk Londons und eine Luxusvilla auf dem Lande. Attlee selbst genoß eine streng religiöse Erziehung, deren tiefe Spuren sich in seiner gesamten späteren Karriere verfolgen lassen.

In dieser Hinsicht bildet Attlee unter den Führern der Labourpartei keine Ausnahme. Arthur Henderson, ein Begründer des englischen Reformismus, begann seine Karriere als Methodistenprediger. Bevin betätigte sich vor Beginn seiner Arbeit in der Gewerkschaft der Hafenarbeiter als baptistischer Prediger. Der derzeitige Verteidigungsminister der Labourregierung, A. V. Alexander, einer der besten Freunde Attlees und Bevins, gehört auch jetzt noch zu den populärsten Rednern der gleichen Baptisten. Attlees Vorläufer auf dem Posten des Führers der Labourpartei, George Lansbury, spielte eine bedeutende Rolle auf religiösem Gebiet. Der heutige Wirtschaftsdiktator Englands, Finanzminister Cripps, ist Fachmann für Kirchenrecht.

Attlee erhielt aber nicht nur eine religiöse Erziehung; er verließ die Universität als extremer Konservativer, als überzeugter Anhänger Joseph Chamberlains, des Führers der Kolonialexpansionisten und Vaters des künftigen Häuptlings der Münchener, Neville Chamberlains.

Jenkins bestätigt diese Tatsache. Er führt weiter aus, zum politischen Credo Attlees habe zu jener Zeit z. B. die Überzeugung gehört, daß „Armut viel häufiger durch Faulheit, Verschwendung, Trunksucht und andere Erscheinungen moralischer Pflichtvergessenheit hervorgerufen wird, als durch von der Persönlichkeit unabhängige soziale und wirtschaftliche Faktoren“.

• • •

Der Führer der Labouristen begann seine politische Karriere am äußersten rechten Flügel der englischen Reaktion. Er blieb seiner Klasse treu. Seine Ansichten waren die typischen Ansichten der mittleren Bourgeoisie, seine Überzeugungen das typische Abbild ihrer Überzeugungen. Einige Jahre später, im Jahre 1908, erklärte sich Attlee zum Sozialisten und trat der Unabhängigen Arbeiterpartei (Independent Labour Party) bei. Womit ist dieser Schritt zu erklären?

Mit dem Beginn des 20. Jahrhunderts beschleunigt sich der Niedergang des englischen Kapitalismus. England hatte sein Weltmonopol auf dem Gebiet der Industrie verloren, die Konkurrenz der neuen Industriemächte, Deutschlands und der USA, war im stürmischen Wachsen begriffen, die englische Industrie blieb in technischer Hinsicht immer weiter zurück, und die Überseegebiete des Britischen Reichs begannen zur Absonderung zu neigen; alle diese Umstände führten zu einer jähren Zuspitzung der sozialen Gegensätze im Lande.

Es kam nicht nur zur Verschärfung des Klassenkampfes zwischen Arbeit und Kapital, welches versuchte, seine Niederlage im imperialistischen Konkurrenzkampf auf Kosten der Arbeiterschaft wettzumachen; die Spitzenschicht der herrschenden Klasse war genötigt, zur gleichen Zeit ihren Druck auf das Kleinbürgertum und selbst auf die mittlere Bourgeoisie zu verstärken, deren Privilegien rasch dahinzuschmelzen begannen. Die Forsyte-Klasse war aus dem sozialen Gleichgewicht gekommen.

Dieser Prozeß wirkte sich selbstverständlich vor allem auf die politischen Stimmungen der aus der mittleren Bourgeoisie hervorgegangenen akademischen Jugend aus. Die Karriere vieler Vertreter dieses Milieus war bedroht. Ein Teil von ihnen schloß sich der Liberalen Partei an und versuchte, die absterbende Schule des radikalen Manchestertums zu neuem Leben zu erwecken. Diese Elemente wurden zur Stütze der „letzten Liberalen“ — Campbell-Bannermans, Asquiths und Lloyd Georges. Ein anderer Teil wechselte endgültig ins konservative Lager hinüber und versuchte sich dort von der Pike auf hochzudienen. Eine zahlenmäßig geringe Gruppe suchte schließlich den Ausweg in einer Annäherung an die Labourpartei.

Attlee war der vierte Sohn einer zehnköpfigen Familie. Sein Versuch, sich nach Abschluß des Universitätsstudiums eine eigene Anwaltspraxis zu schaffen, hatte keinen Erfolg. So schreibt Richard Crossman, ein Kollege Attlees aus der Labourpartei, in seiner Besprechung von Attlees Biographie, daß Attlee

...mit einem starken Minderwertigkeitskomplex in sein Jugendleben eintrat... In der Schule war er ein unglücklicher, im Wachstum zurückgebliebener Junge gewesen, der eine Vorliebe für Sportspiele hatte, sich aber in keinem von ihnen auszeichnen konnte; in Oxford war er eine leidlich passable Null. Im Rechtswesen hätte er infolge seiner Scheu und Bescheidenheit höchstens ein Leben als Notar führen können."

Der konservative Anwalt Attlee war beruflich gescheitert. Die übliche Karriere eines jungen Mannes aus der wohlhabenden Mittelklasse blieb ihm verschlossen. Attlee traf seine Wahl, schloß sich jener bürgerlichen Intellektuellengruppe an, die auf der Suche nach einer neuen Laufbahn „nach links“ abschwerte, und wechselte plötzlich in die sozialistische Bewegung hinüber. Aber er schloß sich ihr an, ohne seine bürgerlichen Grundpositionen, seine spießbürgerliche Weltanschauung und Psychologie aufzugeben, und er nahm auch in der Labourpartei sofort einen ganz bestimmten Platz an der Peripherie ein, dort, wo sie am weitesten von der Politik entfernt ist.

„Sozialist“ geworden, suchte Attlee keinen Anschluß an die prominenten Aktivisten der englischen Labourbewegung. Er erwählte sich für den Anfang zwei Tätigkeitsgebiete in dieser Bewegung. Das erste war die Arbeit in der Fabian Society, der er 1908 beitrug, das zweite die Wohlfahrtstätigkeit unter den Jugendlichen eines Londoner Stadtbezirks. Darin bestand sein „Anschluß“ an die Arbeiterbewegung.

Die Fabian Society war ein Stab von Erzkonservativen. Von Abkömmlingen aus den Reihen der bürgerlichen Intelligenzschicht und des Kleinbürgertums geschaffen, sah sie ihre Aufgabe darin, die Arbeiterbewegung zu satteln und zu zähmen, ihr den revolutionären marxistischen Entwicklungsweg zu verlegen, alle Grundsätze des aktiven Klassenkampfes aus ihrem Programm auszumerzen und sie in eine „linke“ Spielart des englischen Liberalismus zu verwandeln. Sie war eine unmittelbare Agentur der Bourgeoisie, die sich in der Arbeiterbewegung eingenistet hatte.

Deswegen fiel dem verhinderten bürgerlichen Advokaten und Konservativen Attlee seine von Jenkins so rührend beschriebene „Bekehrung zum Sozialismus“ gar nicht schwer. Dem sozialen Milieu, in dem er groß geworden war, der Politik und der Ideologie dieses Milieus blieb er treu und nahm lediglich den Umständen gemäß eine „taktische Umstellung“ vor.

Attlee wurde beamteter Funktionär des von den Fabianern organisierten Nationalausschusses zur Verhütung der Not (National Committee for the Prevention of Destitution), einer kleinbürgerlichen Wohltätigkeitsorganisation, die sich mit billiger Propaganda befaßte.

Im Jahre 1913 erhielt Attlee eine neue Berufung, die für seine weitere Laufbahn in der Labourpartei von großer Bedeutung war. Er wurde Dozent an der London School of Economics and Political Science. Diese Lehranstalt war gleichfalls von der Fabian Society organisiert worden und sollte die Hauptpflanzstätte reformistischer Theorien unter den jungen Anhängern der Labourbewegung sein. Die meisten Studenten waren aus dem Kleinbürgertum und der mittleren Bourgeoisie hervorgegangen. Zum Lehrkörper dieses Wirtschaftsinstituts gehörten zu verschiedenen Zeiten neben Attlee auch Harold Laski, Sohn eines Großkaufmanns aus Manchester, Hugh Dalton, Sohn eines prominenten Geistlichen, sowie Kingsley Martin, Sohn eines Geistlichen und später Redakteur der Zeitschrift der Fabianer „New Statesman and Nation“ — alles künftige Leuchten des Labourismus. Direktor des Instituts war lange Zeit der berühmte Beveridge, einer der prominentesten liberalen Soziologen.

Diese Gruppe reformistischer Wirtschaftsfachleute, die auf den Lehrstühlen des Instituts unter der Flagge des englischen „demokratischen Sozialismus“ antimarxistische bürgerliche Theorien predigte, faßte in der Labourpartei tiefe Wurzeln. Zusammen mit der Fabian Society wurde die London School zum neuen Bollwerk der bürgerlichen Agenten in der englischen Arbeiterbewegung. Heute kann man ihre Zöglinge in allen Verästelungen des Labourapparats, im Parlament sowie auf hohen Verwaltungs- und Regierungsposten antreffen.

Attlees Lehrtätigkeit wurde durch den ersten Weltkrieg unterbrochen. Anderthalb Stunden nach Kriegserklärung trat Attlee als Freiwilliger in die Königliche Armee Englands ein. Er gehörte zu den ersten reformistischen Politikern, die sofort die gelbe Flagge des Sozialchauvinismus hißten. Auch diesmal war er den Interessen und Weisungen seiner Klasse treu geblieben, die ihn in Wirklichkeit inspirierte. Die Fabianer marschierten Schulter an Schulter mit der Bourgeoisie.

Bei Kriegsende quittierte Attlee den Dienst als Major und nahm wieder seine Lehrtätigkeit am Institut der Fabianer auf. Seine politische Tätigkeit beschränkte sich nach den Geboten der Fabian Society in den ersten Nachkriegsjahren auf den „Municipalsozialismus“; er wurde zum Rats Herrn und Bürgermeister des Londoner Bezirks Stepney gewählt. Drei Jahre später wurde er von einem anderen Londoner Bezirk, Limehouse, wo er seinerzeit im Auftrag der Wohltätigkeitsorganisation tätig war, als Abgeordneter ins Parlament entsandt.

Aber nicht die Wohltätigkeit und auch nicht sein Wirken in der Bezirksorganisation der

Labourpartei waren es, die Attlee aufs offene Feld der politischen Betätigung gelangen ließen. Er hatte jetzt eine neue Stütze. War Attlees erster Gönner die ultrakonservative imperialistische protektionistische Liga und sein zweiter die Fabian Society gewesen, so wurde sein dritter und mächtigster Schutzpatron ein Mann, dessen bloßer Name heute noch unter den englischen Arbeitern Zorn und Haß hervorruft; dieser Mann war Ramsay MacDonald.

Mehr als 10 Jahre lang, von 1919—1931, war Attlee faktisch MacDonalds Privatsekretär. Gerade MacDonald war es, der aus dem kleinen Dozenten und Bezirksverwaltungsfunktionär einen Politiker und Staatsmann machte. MacDonald nahm Attlee in seine persönliche Umgebung auf, verhalf ihm zu einem Abgeordnetensitz und ernannte ihn zu seinem parlamentarischen Privatsekretär.

Dieser eigenartige Posten trägt in der englischen Parlamentstechnik einen ganz eindeutigen Charakter. Der parlamentarische Privatsekretär ist eine Art Intimus und Adjutant seines Schutzpatrons, eines Ministers oder prominenten Politikers. Obwohl selbst Parlamentsmitglied, tritt er nur als der Schatten seines Patrons in Erscheinung: er sichtet dessen Korrespondenz, setzt ihm die Reden auf, verkehrt in seinem Namen mit andern Politikern und erledigt diskrete Aufträge aller Art. Er ist auch sein nächster Berater in Fragen innerparlamentarischer und innerfraktioneller Intrigen. Später belohnt ihn der Schutzherr mit einem Ministerposten und gewährleistet ihm den Aufstieg in der Regierungshierarchie. In der Regel bestimmen die Minister für diesen Posten Abgeordnete, die ihnen politisch am nächsten stehen und in persönlicher Hinsicht am gefügigsten sind.

Attlee war von 1922—1924 parlamentarischer Privatsekretär Ramsay MacDonalds, dieses Judas der englischen Arbeiterbewegung; dann ernannte MacDonald ihn zum stellvertretenden Kriegsminister seines ersten Kabinetts. Im zweiten Kabinett MacDonald, 1930—1931, war Attlee Kanzler des Herzogtums Lancaster (Minister ohne Portefeuille) und später Generalpostmeister.

Zu jener Zeit hatte er schon feste Verbindungen mit der Spitzenschicht der Labourpartei angeknüpft, insbesondere mit Ernest Bevin, dem Boß der allmächtigen Transportarbeitergewerkschaft und wahren Beherrscher des Parteiapparats. Als Ramsay MacDonald 1931 aus der labouristischen Arena offen ins Lager der Konservativen übergang, bedurfte Attlee seiner Unterstützung nicht mehr. Sein neuer Gönner war Bevin.

Attlee wurde Stellvertreter des neuen Parteiführers, des hochbetagten „christlichen Sozialisten“

Lansbury. Als Lansbury 1935 abdankte und die labouristische Parlamentsfraktion zur Wahl eines neuen Parteiführers schritt, war Attlee Gegenkandidat von Herbert Morrison. Keiner von beiden war Arbeiter. Attlee war Vertreter der mittleren Bourgeoisie, Morrison vertrat das Kleinbürgertum. Dieser war anerkannter Führer der Londoner Organisation und galt als der hervorragendste Organisator der Partei, Attlee dagegen war außerhalb der Parteiführung fast völlig unbekannt. Attlee wurde zum neuen Parteiführer gewählt und wurde damit Anwärter auf den Posten des Premierministers, und zwar erhielt er 88 Stimmen gegen 48 Stimmen, die für Morrison abgegeben wurden. Die ausschlaggebenden Stimmen gehörten der Gruppe Bevin.

Seitdem hat Attlee Bevin's „Einflußsphäre“ niemals verlassen. Das ist in den englischen politischen Kreisen ein öffentliches Geheimnis. Nach einem Ausdruck des Labourabgeordneten Crossman haben Attlee und Bevin „die gleiche Mentalität“ oder, besser gesagt, den gleichen Kopf. In seinen Reden spricht Attlee ständig von Bevin als von „unserem großen Außenminister“. Der Anführer der englischen Arbeiteraristokratie fand in dem bürgerlichen Advokaten seinen gehorsamsten und loyalsten Bundesgenossen. Das ist die einfache Erklärung für das „Rätsel“, das sowohl im Ausland als auch in England selbst so viel von sich reden machte, nämlich für die Tatsache, daß Clement Attlee Chef der derzeitigen englischen Regierung wurde.

Bevin und Morrison stehen schon lange in persönlichem Konkurrenzkampf. Der alte Bonze aus dem Transport House, der die englische Gewerkschaftsorganisation in sein Handelsunternehmen verwandelt hat, läßt den Parteiapparat und die Regierung viel lieber durch seinen Schützling verwalten. Attlee selbst leitet faktisch weder das eine noch das andere. Wie Crossman schrieb, folgt Attlee „unentwegt dem Willen der Mehrheit“.

Die Mehrheit — das ist Bevin. Die Mehrheit — das ist die Spitzenschicht der Trade Unions; hinzu kommen die Bürokraten und Munizipalkapitalisten aus der Morrison-Gruppe, die Exfabianer aus der bürgerlichen Intelligenzschicht vom Schlage Laskis und der sonstigen Theoretiker der „dritten Kraft“, außerdem die hinter Finanzminister Cripps (ebenfalls einem Advokaten!) stehende Unternehmerklasse und schließlich die ganze neue Plejade der labouristischen businessmen und Geschäftsherren, die sich zusammen mit den Vertretern des Monopolkapitals in den Verwaltungen der staatlichen Industrie eingenistet hat und um Citrine gruppiert ist. Das ist der tatsächliche innere Aufbau der labouristischen

Parteiführung, an deren Spitze der Form nach Attlee steht.

Man soll nicht annehmen, daß Attlee als Mitglied des Bevin-Klüngels Gegner des persönlichen Konkurrenten Bevin's, nämlich Morrisons geworden wäre. Trotz der ständigen Reibereien zwischen den einzelnen Gruppen im labouristischen Apparat leiten alle drei den rechten Parteiflügel und bilden zusammen mit Cripps, seinen ultra-reaktionären Kern. Attlee hat hier die Aufgabe, als nomineller Führer, als Strohmännchen das „Gleichgewicht“ innerhalb der Spitzenschicht der Partei und namentlich zwischen Bevin und Morrison aufrechtzuerhalten und so in der rechtsorientierten Leitung die Einheit zu gewährleisten. Morrison ist nicht minder als Bevin am Fortbestand dieser Lage interessiert. Der gemeinsame Feind dieses Klüngels steht links.

* * *

Zwei Jahre, nachdem Attlee zum Führer der Labourpartei und zum offiziellen „Führer der Opposition seiner Majestät“ im Parlament gewählt worden war, brachte die konservative Regierung Baldwin im Unterhaus eine Sonderbill ein, laut der die Regierung dem Führer der Opposition ein Jahresgehalt von 2000 Pfund Sterling zahlt. Die Bill wurde angenommen. Die herrschende Klasse hatte beschlossen, den Führer der Labourbewegung selber zu bezahlen.

Vor dem zweiten Weltkrieg beschränkte sich die Tätigkeit Attlees als Führers der Opposition gegen die konservativen Regierungen Baldwin und Chamberlain darauf, daß er süßliche Reden hielt, in denen er in aller Bescheidenheit gegen diese oder jene reaktionäre Regierungsmaßnahme Einspruch erhob. Er rief die Arbeiterklasse nicht zu einem entschiedenen, wirksamen Widerstand auf, als diese Regierungen die Grundrechte der Werktätigen im Interesse der Unternehmer verletzten, — er hielt höfliche und fade Parlamentsreden. Er rief das Land nicht zum Widerstand auf, als die Regierungen Baldwin und Chamberlain die Politik der Begünstigung Hitlerdeutschlands betrieben und halb Europa der Willkür der Faschisten preisgaben, — er hielt pazifistisch gefärbte Reden, er erging sich in jenen unter den Fabianern üblichen „gutmütigen, humanen und beinahe-linken Phrasen über Frieden, Abrüstung, usw. usw.“, deren bourgeoises Wesen Lenin bereits im Jahre 1915 enthüllte.

Attlee rief das Volk nicht zum Sturze Chamberlains auf, als das verräterische Münchener Abkommen geschlossen wurde. Aber er wurde Regierungsmitglied, als die Konservativen im Jahre 1940 unter dem Einfluß der unmittelbar

drohenden Gefahr einer hitlerfaschistischen Invasion selber ihre Führung wechselten und Churchill an der Spitze einer Koalition von Konservativen und Labouristen ans Ruder kam. Im Jahre 1942 wurde Attlee stellvertretender Premierminister.

Zu jener Zeit war Attlee eigentlich der Adjutant und technische Handlanger Churchills. Es ist kein Fall bekannt, in dem Attlee sich im Kabinett, sei es auch nur in geschlossener Diskussion, gegen diese oder jene wichtige Entscheidung Churchills gewendet hätte, wozu sich selbst konservative Minister wiederholt erkühnten.

Attlee gewährte Churchill volle Unterstützung, als dieser die Eröffnung der zweiten Front hinauszögerte.

Attlee hatte als führendes Kabinettsmitglied die in Teheran, Jalta und Potsdam erzielten Abkommen über die Friedensgestaltung nach dem Krieg gebilligt, und gerade Attlee war der englische Premierminister, unter dessen Amtsführung alle diese Abkommen gröblich verletzt wurden.

All das verschweigt Jenkins. Aber selbst die von ihm verfaßte gefälschte Biographie läßt Clement Attlee vor dem Leser als einen Mann erscheinen, der keinerlei Wurzeln in der Arbeiterbewegung hat, der der Arbeiterklasse und ihrem Kampfe zutiefst fremd ist, als einen Mann, den

tausende Fäden mit der englischen Bourgeoisie verbinden. Bei der Lektüre dieses Buches fällt es einem manchmal schwer zu glauben, daß es sich hier nicht um einen gewöhnlichen englischen konservativen oder liberalen Politiker handelt.

Jenkins führt seine Darstellung nur bis zum Ende des zweiten Weltkriegs, ohne Attlees Tätigkeit als Nachfolger Churchills auf dem Posten des Premierministers zu zeigen. Der Schlußakord seines Buches ist der 26. Juli 1945, der Tag, an dem der Führer der Labourpartei in den Buckingham-Palast geladen wurde, wo er beim König zum traditionsgemäßen Handkuß erschien und die Führung der dritten Labourregierung in England übernahm.

Damit begann ein neues Kapitel in Attlees Biographie. Der Inhalt dieses Kapitels ist zur Genüge bekannt. An die Macht gebracht von 12 Millionen Wählerstimmen für die Labouristen, schritt Attlee rasch aus in den Fußstapfen seines Vorläufers, Gönners und Lehrmeisters MacDonald. Seine ganze vorhergehende Tätigkeit hatte ihn für diese Rolle vorbereitet.

Die englische Arbeiterklasse hat für die Karriere des bürgerlichen Advokaten, der zum Führer der „sozialistischen“ Partei wurde, einen hohen Preis gezahlt.

20. Juli

In Söul, Intschon, Djangü, Pusang und anderen größeren Städten Südkoreas fanden Streiks statt zur Unterstützung der von der Demokratischen vaterländischen Einheitsfront gefaßten Beschlüsse über die friedliche Vereinigung Koreas.

21. Juli

In Mukden wird eine Gesellschaft für chinesisch-sowjetische Freundschaft gegründet.

Der bulgarische Ministerpräsident Kolaroff legt beim UNO-Sekretariat Protest ein gegen die Verletzung der Integrität des bulgarischen Territoriums und gegen die systematischen Provokationen von seiten der Truppen der Athener Regierung.

25. Juli

Die Sowjetregierung richtet an die jugoslawische Regierung eine Protestnote wegen ungesetzlicher Verhaftung ständig in Jugoslawien lebender Sowjetbürger. Sie besteht auf sofortiger Einstellung der Willkür gegen die Sowjetbürger und auf unverzüglicher Freilassung aller Sowjetbürger, die ungesetzlich in jugoslawischen Gefängnissen festgehalten werden.

D. S. Manuiski gibt in der Sitzung des Sicherheitsratsausschusses für konventionelle Rüstungen eine Erklärung ab, in der er das französische sogenannte Arbeitsdokument kritisiert, das einen Versuch darstellt, dem Sowjetantrag auf Rüstungseinschränkung auszuweichen. D. S. Manuiski erklärt, die ukrainische Delegation unterstütze nach wie vor die Resolution der Sowjetunion zur Abrüstungsfrage.

Das Komitee der UNO-Beamten, das 3072 Beamte vertritt, nimmt eine Protestresolution gegen die un sinnigen Spionagebeschuldigungen an, die auf Sitzungen des USA-Kongresses gegen UNO-Beamte erhoben werden.

In Prag wird ein Protokoll der Tschechoslowakei und Ungarns über

CHRONIK DER INTERNATIONALEN EREIGNISSE

Juli 1949

die endgültige gegenseitige Entschädigung und über Regelung der bisher ungelöst gewesenen Finanzfragen unterzeichnet.

In Frankfurt a. M. wird ein Kampfkomitee des Landes Hessen für die Einheit Deutschlands gebildet.

26. Juli

Die stellvertretenden Chiefs der Besatzungsbehörden der vier Mächte bestätigen den Wortlaut eines Abkommens über das Verfahren bei den Viererkonsultationen der Besatzungsmächte in Deutschland.

Eine sowjetische Handelsdelegation trifft in Karatschi (Pakistan) ein.

27. Juli

General Kotikow, der Sowjetkommandant Berlins, stellt auf der Beratung der vier Kommandanten Anträge, die auf Normalisierung des Lebens der Stadtbevölkerung im Einklang mit Punkt 3 des Pariser Kommuniqués abzielen.

Die französische Nationalversammlung ratifiziert mit 398 gegen 189 Stimmen den aggressiven Nordatlantischen Vertrag.

General MacArthur gibt die Bildung eines fernöstlichen Vereinigten Komitees der Stabschefs der amerikanischen Streitkräfte in Japan, auf den Philippinen, auf den Rukiu-Inseln, den Bonin-Inseln und den Marianen bekannt.

Der iranische Medschlis lehnt ab, ein neues Projekt für ein Abkommen zwischen der iranischen

Regierung und der Anglo-Iranischen Erdölgesellschaft über die Auswertung der Erdölvorkommen im Süden Irans zu ratifizieren.

In Stambul trifft ein von Admiral Sherman befehligtes, aus 6 Kriegsschiffen bestehendes amerikanisches Geschwader ein.

28. Juli

Der Streik der Bauarbeiter Italiens, der 17 Tage andauerte, schließt mit einem Sieg der Ausständigen. Die Unternehmer sind gezwungen, auf Wiederaufnahme der Verhandlungen über eine Revision der Arbeitskontraktbedingungen und auf teilweise Lohnzahlung für die Streiktag einzugehen.

29. Juli

Die Provisorische demokratische Regierung Griechenlands und das Oberkommando der Demokratischen Armee richten an die Soldaten, Sergeanten und ehrlichen Offiziere der Truppen der Athener Regierung den Aufruf, zur Demokratischen Armee überzugehen, damit der Krieg und das Blutvergießen im Lande ein Ende nehmen.

In Frankreich ratifiziert der Rat der Republik mit 284 gegen 20 Stimmen den aggressiven Nordatlantischen Vertrag.

30. Juli

Der italienische Senat ratifiziert mit 175 gegen 81 Stimmen, bei einer Stimmenthaltung, den aggressiven Nordatlantischen Vertrag.

31. Juli

Die Sowjetpresse veröffentlicht eine Mitteilung über die Erzielung eines Handelsabkommens zwischen der Mandschurei und der Sowjetunion. Gemäß der Vereinbarung über die gegenseitigen Lieferungen wird die Mandschurei Sojabohnen, Pflanzenöl, Mais, Reis und andere Waren liefern, die Sowjetunion dagegen Industrieausrüstungen, Kraftwagen, Erdölzeugnisse, Stoffe, Papier, Medikamente u. a. m.

VERLAGS ANZEIGEN

VERLAG DER „ISWESTIJA“

Nachrichten der Sowjets der Deputierten der Werktätigen der UdSSR

„NOWY MIR“

(NEUE WELT)

MONATSSCHRIFT FÜR SCHÖNE LITERATUR
SOWIE GESELLSCHAFTLICHE UND POLITISCHE FRAGEN

ORGAN DES SOWJETSCHRIFTSTELLERVERBANDS DER UNION
(in russischer Sprache)

Erschienen sind Heft 4, 5 und 6 des Jahrgangs 1949
mit folgenden Beiträgen:

Romane und Erzählungen: W. KATAJEW — *Für die Sowjetmacht*, F. GLADKOW — *Erzählung über die Kindheit*, G. GULIA — *Eine gute Stadt*.

Schauspiele: A. SUROW — *Freie Fahrt*, K. PAUSTOWSKI — *Unser Zeitgenosse (Puschkin)*.

Poem: S. PODELKOW — *Der Erbauer*.

Gedichte von N. TICHONOW, N. GRIBATSCHOW, K. SIMONOW, J. SMELJAKOW, M. SWETLOW, A. JASCHIN, M. RYLSKI, MAXIM TANK, OWANES GUKASSJAN, SAMED WURGUN, MIRZA KEMPE, R. GAMSATOW, J. BUKOW, A. JERIKEJEW, A. SHAROW und MIKOLA SASSIM; von den tadshikischen Dichtern MIRSO TURSUN-SADE, ABDUSSALOM DECHOTI, BOKI RACHIM-SADE, MIRZAID MIRSCHAKAR, ROSIA OSOD, AMINDSHON SCHUKUCHI; von den kasachischen Dichtern K. SATYBALDIN, C. BEKCHOSHIN und S. SAIN.

Tagebücher, Erinnerungen, Dokumente: A. F. FJODOROW — *Das illegale Gebietskomitee in Aktion*, Buch 2.

Kritik und Publizistik: W. SCHTSCHERBINA — *Fragen der Sowjetdramatik*, W. KOSHEWNIKOW — *Sowjetprosa von 1948*, A. JEGOLIN — A. S. Puschkin, der Begründer der neuen russischen Literatur, D. BLAGOI — *Puschkin, der Patriot*, K. BOGAJEWSKAJA — *Puschkin und die jungen Schriftsteller*, J. LUKIN — *Ein Kämpfer für den neuen Menschenschlag*, Zum zehnten Todestag A. S. Makarenkos, A. DROSCHOW — *Skizzen über abchasische Prosa*.

Auslandsthemen: D. SCHOSTAKOWITSCH — *Die große Schlacht für den Frieden*, E. TARLE — *Der Nordatlantikpakt*, I. POTJECHIN — *Südlich vom Wendekreis des Krebses*.

Bücherschau: Über Literatur und Kunst; über Geschichte, internationale Beziehungen und Militärwissenschaft; über Wirtschaft und Recht; über Technik und Mathematik; über Landwirtschaft; über Botanik; über Medizin; über Geographie.

Jahresbezugspreis: 84 Rubel
Einzelnummer: 7 Rubel

Anschrift der Redaktion: Moskau 6, Puschkinskaja Ploschtschad Nr. 5.

5-7
DIE NEUE ZEIT

ERSCHEINT WÖCHENTLICH IN
RUSSISCHER,
DEUTSCHER,
ENGLISCHER UND
FRANZÖSISCHER SPRACHE

DIE NEUE ZEIT

BEFASST SICH MIT FRAGEN DER AUSSENPOLITIK
DER UdSSR UND ANDERER LÄNDER UND DEN
AKTUELLEN VORGÄNGEN DES INTERNATIONALEN
LEBENS. SIE INFORMIERT ÜBER DAS LEBEN DER
VÖLKER ALLER LÄNDER UND IHREN KAMPF FÜR
DEMOKRATIE, DAUERHAFTEN FRIEDEN UND SICHER-
HEIT. DIE ZEITSCHRIFT ENTLARVT DIE RÄNKE DER
FEINDE DES FRIEDENS UND DER INTERNATIONALEN
ZUSAMMENARBEIT UND FÜHRT EINEN KAMPF
GEGEN DIE KRIEGSBANDSTIFTER. SIE TRITT GEGEN
FALSCHMELDUNGEN UND VERLEUMDUNGEN DER
REAKTIONÄREN PRESSE AUF.

DIE NEUE ZEIT

ENTHÄLT BEITRÄGE VON GELEHRTEN, SCHRIFT-
STELLERN, PUBLIZISTEN, GEWERKSCHAFTSFÜHRERN
UND ANDEREN PERSÖNLICHKEITEN DES ÖFFENT-
LICHEN LEBENS.